

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Karl-Heinz Narjes

**Europäische Integration
aus historischer Erfahrung**
Ein Zeitzeugengespräch
mit Michael Gehler

Discussion Paper

C135
2004

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-35-X

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>

Karl-Heinz Hermann Narjes, geboren 1924 in Soltau/Lüneburger Heide, Besuch des Gymnasiums „Carolinum“ in Neustrelitz/Mecklenburg, Reifevermerk 1941, Kriegsmarine, Leutnant zur See und erster Wachoffizier auf einem Unterseeboot, Kriegsgefangenschaft 1944, Lagerhochschulen in Kanada und Großbritannien 1944-47, Studium an der Universität Hamburg ab 1948, erstes juristisches Staatsexamen 1949, Dr. jur. 1953 mit einer Dissertation über „Wirtschafts- und Zollunionen als Rechtsformen Auswärtiger Wirtschaftspolitik“, Assessorexamen 1953, Oberfinanzlandesdirektion Bremen 1953-55, Attaché im Auswärtigen Amt 1955, Vizekonsul in Basel 1956, Legationsrat 1957. Stellvertretender Kabinettschef des Präsidenten der EWG-Kommission von Walter Hallstein 1958-63, Kabinettschef von 1963-67, Generaldirektor für Presse und Information der EWG 1968-69, Minister für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein 1969-73, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag 1972-76, ab 1972 Bundestagsabgeordneter, war als CDU-Abgeordneter bis 1980 im Bundestag. 1981-1985 Mitglied der EWG Kommission, ab 1985 Vizepräsident der EWG-Kommission, EG-Kommissar für Binnenmarkt, Zollunion, Industrielle Innovation, Umwelt, Verbraucherfragen und nukleare Sicherheit 1981-85, ab 1985 zuständig für Industriepolitik, Stahl, Technologie, Forschung und das Gemeinsame Forschungszentrum.

Narjes erhielt 1977 das Große Bundesverdienstkreuz und ist Ehrenmitglied des Vorstandes des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Michael Gehler, geboren 1962, ist seit 1999 Professor am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. 1992-1996 Research Fellow des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Wien. Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn.

Publikationsauswahl: Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem: Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung, Bochum 2001; Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU, 2Bde., Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002.

Karl-Heinz Narjes

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Sie sind 1924 in Soltau in der Lüneburger Heide geboren und in Neustrelitz in Mecklenburg großgeworden. Ihr Vater war Leiter der dortigen Ortskrankenkasse. 1941 haben Sie das Gymnasium mit dem Reifevermerk verlassen und sind in die Kriegsmarine eingetreten. Soweit ich orientiert bin, sind Sie 1944 in Kriegsgefangenschaft geraten. Sie waren aktiver Offiziersanwärter. Was hat das Kriegserlebnis und die Gefangenschaft für einen Einfluß auf Ihr späteres Wirken gehabt?

Karl-Heinz Narjes:

Sehr viel. Ich bin im Atlantik „abgesoffen“, wie wir zu sagen pflegten. Von unserer Besatzung sind 38 Mann gefallen und nur 16 gerettet worden. Drei Jahre und acht Monate war ich dann in englisch-kanadischer Kriegsgefangenschaft, d.h. eins in England und zwei Jahre im Westen Kanadas in Alberta. Im Grunde habe ich in der Gefangenschaft aber relativ wenig Zeit verloren, weil ich dort die Möglichkeit hatte, Jura zu studieren. Das war nur deshalb möglich, weil nach der Invasion eine größere Zahl von Reserveoffizieren mit juristischen Berufen als Mitgefangene um die Wissensvermittlung sehr bemüht waren. Im Herbst 1947 bin ich dann zurückgekehrt. Die Gefangenschaftsstudien wurden mir von einer Zentralstelle in Göttingen mit drei Semestern anerkannt. Während meines Studiums konnte ich man-

che praktische Fragen des englischen und amerikanischen Rechts, der Wirtschaft und Politik verfolgen.

Die lebhaften Diskussionen über das Kriegsende haben mich sehr geprägt. Es bewegten uns die Fragen, wie lange es dauern würde, bis wir wieder heimkommen, unter welchen Bedingungen Deutschland wieder auf eigenen Beinen stehen könnte und ferner, was der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft für Konsequenzen haben würde. Insbesondere interessierten natürlich die Flüchtlingsprobleme. Ich verfolgte genau die Stalin'sche Austauschoperation zur Westverschiebung Polens. Insgesamt waren unsere Erwartungen von Pessimismus geprägt. Es könnte bis zu 90 Jahren dauern, also zwei Generationen mindestens, bis wir wieder Boden unter den Füßen haben würden. So meinten einige. Wer also überleben wollte, der konnte sich nur auf seine eigene Leistung verlassen und sich darauf vorbereiten.

Es gab darüber hinaus aber auch Signale der Hoffnung. So habe ich beispielsweise prägende Begegnungen in England gehabt mit Emigranten, die ins Gefangenenlager kamen, um zu lehren. So kam es, daß ich bei einem Strafrechtler aus Oxford einen Seminarvortrag halten konnte. Die Rede ist von Professor Max Grünhut, der vor 1939 aus Deutschland emigriert war. Politisch war er juristischer Berater von Lord Pakenham. Grünhut hat mir sogar geholfen, nach der Gefangenschaft einen Studienplatz zu bekommen und zwar durch ein Empfehlungsschreiben an Professor Sievers in Hamburg. Ich habe mich für Hamburg entschieden, weil dort am ehesten die Chance bestand, das Studium zu finanzieren. Ich habe mich immer bemüht, die volkswirtschaftliche Politik nicht aus den Augen zu verlieren.

Die ordnungspolitischen Erkenntnisse der Freiburger Schule waren kaum in die Gefangenenlager durchgedrungen. Aber das Denken in Ordnungskategorien war aus der Auseinandersetzung mit Roosevelts Politik, z.B. dem Tennessee-Valley-Projekt, bei mir haften geblieben.

Gehler:

Sie sind dann in den Auswärtigen Dienst eingetreten...

Karl-Heinz-Narjes:

Ich habe nach meinem Referendarsexamen 1949 das folgende Thema mit meinem Professor Eberhard Menzel für die Dissertation vereinbart: „Zoll- und Wirtschaftsunionen als Rechtsformen der Außenpolitik“. Und ich bin ein bißchen stolz auf dieses Thema, weil die Wahl zeitlich noch vor dem Schuman-Plan lag.

Anfang 1953 wurde ich dann Assessor. Im Anschluß an eine solide Ausbildung in der Finanzverwaltung habe ich mich an einem Auswahlwettbewerb im Auswärtigen Amt beteiligt und konnte im Mai 1955 als Mitglied der neunten Crew die Vorbereitung für den Auswärtigen Dienst beginnen.

Gehler:

Als der Schuman-Plan noch nicht bekannt war, gab es das Benelux-Projekt schon.

Karl-Heinz Narjes:

Ich kannte viele dieser Projekte, so z.B. aus der Zeit von vor dem Zweiten Weltkrieg, als im Baltikum eine Zollunion versucht wurde. Darüber hatte ein Braunschweiger Verlag eine Arbeit veröffentlicht, die mir Hinweis auf einschlägige Arbeiten des Völkerbundssekretariats war. Dieses hatte nämlich auch während der Kriegszeit seine Arbeit fortgesetzt. Es ging um einen möglichen Konsens über die Meistbegünstigungsklausel. Das erwies sich als eine Fundgrube für die Definition der Zollunion.

Gehler:

Es gab von Seiten Österreichs in der Zwischenkriegszeit diverse Zollunionsprojekte z.B. mit der Tschechoslowakei, Deutschland und Italien. Wie weit haben diese Projekte, die seitens der Westmächte auf Ablehnung gestoßen sind, später aber doch noch oder wieder Anklang gefunden?

Karl-Heinz Narjes:

Der Grundgedanke einer Zollunion war richtig. Denn die Weltwirtschaftskrise hatte mit schweren ökonomischen und sozialen Nachteilen gelehrt, was es heißt, sich abzuschotten und den Außenhandel zu mißachten. In der

Oslo-Staatengruppe (einem anderen Versuch, den Freihandel regional wiederherzustellen) vom 22. Dezember 1930 waren außer den drei Benelux-Ländern u.a. noch Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark eingebunden, um unter möglichst vielen Staaten Zölle abzubauen, die Hindernisse zu verringern und in ihrer Wirkung zu beschränken.

Der Vertrag von Ouchy vom 18. Juni 1932 wurde dann zwischen den Benelux-Staaten geschlossen, die darin übereinkamen, ihre Zölle wenigstens nicht zu erhöhen.

Beim Schober-Curtius-Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 war der Hauptgrund des Scheiterns rein politisch: Frankreich hatte Angst vor einem politischen Anschluß Österreichs, der schon 1919 im Friedensvertrag ausgeschlossen worden war. Die Deutschen konnten es sich ihrerseits nicht leisten, stärker aufzutumpfen, schon weil die Reparationsfrage noch ungelöst war. Die Engländer beurteilten das Zollunionsprojekt weniger ablehnend, sie hatten sich deshalb entschieden, das Thema den Franzosen zu überlassen. Der Grundgedanke einer Zollunion blieb vernünftig.

Gehler:

Was führte dazu, daß man Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre zu Konzepten, die klein- und kerneuropäisch angelegt waren, zurückgekommen ist und nicht den großen freihändlerischen Ansatz verfolgt hat?

Karl-Heinz Narjes:

Das waren vornehmlich politische Gründe. Adenauer wußte, daß nur ein irreversibler politischer Zusammenschluß das Überleben Europas sicherstellen konnte. Vergessen Sie nicht: Die Montanunion und die Jahre danach wurden dominiert von militärischen Überlegungen, wieder eine deutsche Armee aufzustellen. Dabei mußte für die Teilnahme an dieser Wiederbewaffnung eine Akzeptanz und damit verbunden Gleichberechtigungserwartungen in der deutschen Bevölkerung gewonnen werden, die viele Veränderungen in der öffentlichen Meinung erforderten. Deutschland war ja noch kein Glied der Völkergemeinschaft. Wir wollten es ja erst werden. Das

wirkt noch bis heute zurück. Ich bin ein Kritiker derer, die diesen Zusammenhang vergessen haben.

Wir haben unser neues Vertrauen auch erworben durch das Staatsziel der Integration in Europa und den Artikel 24 des Grundgesetzes, mit der Bereitschaft, unsere Verfassung so zu entwickeln, daß Kompetenzen irreversibel nach außen übertragen werden können. Diese Garantien der staatlichen Integration und der Artikel 24, als einziger Verfassungsartikel dieser Art, haben uns Vertrauen gebracht. Denn das Vertrauen, es überhaupt mit uns zu versuchen, war nicht selbstverständlich, ganz im Gegenteil.

Gehler:

Wilhelm Georg Grewe hat sich schon früh mit der Frage des Besatzungsstatuts und der Souveränität beschäftigt. Nun war das ja revolutionär, via Integration Souveränität zu erlangen. Aus französischer Sicht sah das ja anders aus, nämlich auf Souveränität zu verzichten, um am Kerneuropaprozeß teilzuhaben. Die Bundesdeutschen mußten ja gar nicht auf Souveränität verzichten, weil sie gar keine hatten.

Karl-Heinz Narjes:

Sie verzichteten auf einen Anspruch, von dem die Franzosen befürchteten, daß Deutschland ihn geltend machen würde. Insofern war das für sie eine Art Gegenleistung. Sie mußten annehmen, daß das größere Deutschland, einmal wiederhergestellt, früher oder später Gleichberechtigungsansprüche stellen könnte. Und dann wäre es weniger aussichtsreich gewesen, Konzessionen zu fordern. So bekamen die Franzosen mit der Hohen Behörde durch die EGKS die montan- und verteidigungspolitische Garantie dafür, daß es einen deutschen Widersacher oder Konkurrenten nicht gab. Die Montanunion kann man in ihrem ursprünglichen Ansatz nur verstehen, als eine vor allem von amerikanischer Seite für die deutsche Wiederaufnahme in die Kreise der westlichen Völker gedachte, verteidigungspolitische Maßnahme. Stahl- und Kohleproduktion waren nach damaliger Auffassung das Rückgrat jeder Rüstungsindustrie.

Der weitschauende Jean Monnet war ein Glücksfall der deutschen und europäischen Politik. Mit Monnet sprechen wir von der „finalité politique“ als

einem Sammelbegriff für die politische Vollunion Europas. Sie wurde nicht näher definiert, um zu verhindern, daß die Europagegner in Frankreich nicht permanent Nationalversammlungsdebatten vom Zaune brechen. Die gesamte Verfassungsentwicklung der EGKS und später der EWG ist nicht zu verstehen, ohne diese weitgehende Rücksichtnahme auf die französische Nationalversammlung.

Gehler:

Ist das ein Ergebnis des Schocks vom 30. August 1954 gewesen oder waren diese Bemühungen schon antizipiert worden?

Karl-Heinz Narjes:

Diese Situation war sehr viel früher schon gegeben. Die gesamte Nachkriegsentwicklung ist von den Amerikanern, insbesondere auch durch die OEEC-Gründung – Marshall-Plan – angestoßen worden. Sie wußten besser als wir, oder haben besser erkannt als wir, daß die kleinen Einzelstaaten Westeuropas für sich alleine ökonomisch und politisch auf Dauer nicht lebensfähig sind. Für die französischen und auch die englischen Verwaltungen war das ERP hingegen ein willkommenes Geschenk, das sie annehmen konnten, ohne große Gegenleistungen zu erbringen. Die haben den Marshall-Plan bei gleichzeitigem Widerstand gegen eine – von den USA zusammen mit der OEEC geförderten – Zollunion bekommen. Die Verteilungsmethode der Marshall-Plan-Hilfe und das Aushandeln der nationalen Quoten ließen sogar alten Nationalismus wieder aufleben. Die Amerikaner hatten ihre Ziele nur begrenzt durchsetzen können.

Der erste Generalsekretär der OEEC war Robert Marjolin, der von den „grands commis“ als junger Technokrat behandelt wurde. Im Außenministerium gehörte noch Hervé Alphand in diese Kategorie. Beide bildeten im Frankreich der IV. Republik Kristallisationspunkte. Ein anderer war das Monnet-Milieu. Und das dritte war später die CEA – La Comité Energie Atomique. Diese personalen Zusammenhänge in Frankreich hatten erheblichen Einfluß auf die gesamte Integrationsgeschichte.

Die Supranationalitätskritiker und -gegner haben – und das darf nicht vergessen werden – gleichzeitig Kolonialkriege geführt. In Indochina und spä-

ter in Algerien. Diese Kriegführung hat Frankreich überfordert, so daß es zunehmend der amerikanischen Seite entgegen kommen mußte. Die Schwäche Frankreichs in dieser Zeit war offenkundig. Die vernünftigen Kräfte suchten im Verhältnis zu Deutschland nach Lösungen mit Augenmaß, diese mußten natürlich gleichzeitig auch von der öffentlichen Meinung getragen werden. René Pleven und Jean Monnet waren durchaus offene Gesprächspartner. Die spätere EWG wurde wie die Montanunion mit Mitte Rechts- bis Mitte Links-Regierungen getragen. So konnte das Frankreich der IV. Republik instabile Machtverhältnisse kompensieren. Antoine Pinay, Mitte-Rechts, auf der einen Seite und Jean Monnet, Mitte-Links, auf der anderen Seite repräsentierten die beiden wechselnden integrationspolitischen Schwerpunkte.

Das Schlüsseljahr war wohl nicht 1954, sondern eher 1956. 1954 mußte Frankreich das Scheitern der EVG mit der deutschen Aufnahme in die NATO bezahlen. Damit entfiel ein Hebel auf die deutsche Verteidigungspolitik.

Benelux regte eine Zollunion an, die im Rahmen des sogenannten Spaak-Komitees verfolgt wurde und durch die Arbeitsgruppe Pierre Uri und Hans von der Groeben auf seine Umsetzbarkeit hin durchdacht wurde.

Erst 1954/55 wurde die Zollunion ein denkbares Thema. Widerstand gab es von Frankreich vor allen Dingen bei drei Themen: Die deutsche wirtschaftliche Überlegenheit (Wettbewerbsfähigkeit), die Agrarpolitik und die Institutionen.

Gehler:

Kam nicht auch noch die Frage der Einbeziehung der Überseegebiete hinzu?

Karl-Heinz Narjes:

Die hatte für Deutschland nicht die zentrale Bedeutung. Die französische Position war – wie schon hervorgehoben – von den Lasten der Kolonialkriege wesentlich stärker beeinflusst. Vielmehr waren es institutionelle Probleme und vor allem die Frage: Welchen Mehrheiten müssen wir uns unterwerfen und welche Handlungsfreiheiten behalten wir, gerade in der Fra-

ge der Landwirtschaft. Die deutsche Überlegenheit wurde meistens in Form einer Frage thematisiert: Ist nicht z.B. bei den besonderen Sozialleistungen eine permanente Diskriminierung Frankreichs gegenüber Deutschland zu erwarten? Das führte zu einem Gutachten der ILO (International Labour Organisation), das der Schwede Bertil Ohlin für die ILO verfaßt hatte.

Es kommt dann vor allem der Doppelkrise von Suez und Budapest überragende politische und strategische Bedeutung zu. Suez war eine Niederlage für England und Frankreich, der letzte Versuch, ohne oder gegen Amerika im Mittelmeerraum Politik zu gestalten. Die Niederschlagung des ungarischen Aufstands war ein anderes Schlüsselereignis des Jahres 1956. Bis zum Herbst hatten sich die Integrationsverhandlungen hingeschleppt, Budapest war der Wendepunkt. Innerhalb von nur rund 100 Arbeitstagen sind die Römischen Verträge dann unterschriftsreif vollendet worden. Monnet, der schon vorher auf die EWG zu verzichten bereit war und die Gemeinschaft auf eine Energieunion beschränken wollte, war widerlegt. Nach den mühevollen Vorarbeiten konnte ziemlich zügig die Option „Gemeinsamer Markt“ forciert werden.

Es gab auch den Versuch, eine *finalité politique* zu entwickeln, der ist allerdings weniger bekannt. Ich denke an die Geheimgespräche zwischen Franzosen, Deutschen und später den Italienern über eine europäische Nuklearwaffenpolitik. Diese Gespräche wurden von de Gaulle 1958 beendet.

Gehler:

Wie weit bestimmte eigentlich die Frage der Entkolonialisierung die Integrationspolitik?

Karl-Heinz Narjes:

Anders als in Deutschland war die Politik in fast allen Partnerstaaten wesentlich intensiver und umfassender mit den Problemen der Entkolonialisierung beschäftigt. Insbesondere die französisch-amerikanischen Beziehungen waren durch die amerikanische Forderung nach dem Ende der Kolonialherrschaft belastet, ähnliches galt für Holland und Belgien. Es ging einmal um den Übergang in die Selbständigkeit oder um vorgeschaltete Zwischenlösungen. Außerdem hatten die ökonomischen Probleme wach-

sende Bedeutung, insbesondere die Fragen, ob und wie sich die Gemeinschaft an den finanziellen Lasten der künftig selbständigen Staaten beteiligt.

Es überrascht nicht, daß sich Adenauer die letzten Entscheidungen über diese neuen Beziehungen vorbehielt, er wollte kein bloßes Konto akzeptieren, auf dem Deutschland oder die Gemeinschaft einzahlte, sondern Strukturen der Mitgestaltung schaffen.

Gehler:

EURATOM hat nicht eine Entwicklung genommen wie die EWG. EURATOM war mehr im Schatten der EWG. Wie weit hängt dieses Mauerblümchendasein von EURATOM mit dieser fundamentalen Entscheidung von de Gaulle aus dem Jahr 1958 zusammen, keine Nuklearwaffenpolitik in Europa anzustreben?

Karl-Heinz Narjes:

Man muß Hoffnungen und Verpflichtungen wohl differenzieren. Die Besonderheit des EURATOM-Vertrages ergab sich aus den technischen Erfordernissen der Nutzung der Kernenergie, über die Mitte der 1950er Jahre (der Vertrag wurde 1956 formuliert) noch keine abschließenden Vorstellungen bestanden. Sodann war Frankreich an einer gleichzeitigen Entwicklung der militärischen wie der wirtschaftlichen Komponenten einer europäischen Lösung interessiert. Bei alledem mußten natürlich aber auch die künftigen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten berücksichtigt werden. Diese Verflechtungen wurden noch schwieriger durch diverse nukleare Kontrollwünsche in Bezug auf Deutschland. Ferner ging es den Franzosen um die Frage der politischen und finanziellen Mitwirkung. Eine weitere Aufgabe war die Festlegung europäischer Sicherheitsstandards und Normen.

Alle diese Fragen bekamen schon ab 1958 andere Antworten mit dem Amtsantritt von de Gaulle. Die eigentlichen EURATOM-Probleme wurden aber ergänzt durch die Möglichkeiten der politischen Selbständigkeit, die dadurch geschaffen wurde, daß EURATOM eine eigene supranationale Gemeinschaft bildete. Ich denke z.B. an den Rücktritt des EURATOM-

Kommissionspräsidenten, Etienne Hirsch, aus Protest gegen die Einschränkung der demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten, die im EURATOM-Vertrag wie im EWG-Vertrag vorgesehen waren.

Zu allem kamen die Unklarheiten über die wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten der Kernenergie hinzu. Die Leistungsfähigkeit der Reaktoren der ersten Generation war von den Theoretikern überbewertet worden. Sie hatten Visionen, die in der Praxis nicht so schnell realisierbar waren. Die Praxis blieb mehr als ein Jahrzehnt hinter den Hoffnungen und Versprechungen zurück.

Das Jahr 1958 fällt etwa zusammen mit dem Beginn des Endes der Kohle-dominanz als Energieträger und ihrer Ersetzung durch das Öl.

Italien teilte schon 1958 der Gemeinschaft mit, daß es in einer künftigen Krise die Vertragsklauseln über die Versorgung mit europäischer Kohle aus Frankreich, Belgien und Deutschland nicht mehr erfüllen könne. Damit veränderte sich auch schrittweise die Struktur der Energieversorgung und schuf damit politische Probleme. Das waren mehr als Preisprobleme. Ich erinnere mich noch, wie das zuständige Mitglied der Kommission, Robert Marjolin, einen damals weltbekannten Ölexperten hinzuzog. Er sah in dem Übergang von der Kohle zum Öl nicht zuletzt ein Phasenproblem: 1970 könne man den Druckwasserreaktor haben, etwa zehn Jahre später die schnellen Brüter und ein Jahrzehnt später voraussichtlich die Kernfusion. Mit diesem Erwartungshorizont ist Europa dann in den 1970er Jahren in die Energiekrise geschlittert. Vor allem auch weil die Kernphysiker den Zeitbedarf der Reaktortechnik unterschätzt hatten.

Gehler:

Hat man die Atomenergie überschätzt und deshalb EURATOM nicht diese Dynamik entwickelt?

Karl-Heinz Narjes:

Die schlechte Prognose zur Kernenergienutzung sollte aber nicht von anderen Elementen des EURATOM-Ansatzes ablenken.

Da gab es die französische Auffassung, die Kernenergie als eine Domäne staatswirtschaftlicher Nutzung zu konzipieren. Deutschland bestand aus

guten Gründen auf einen privatwirtschaftlichen Ansatz. Wir wollten den Wettbewerb über die besten technischen Lösungen, während Frankreich auf CEA-Entscheidungen setzte.

Nicht hinweg zu denken sind auch die Leistungen von EURATOM zur Entwicklung von europäischen Sicherheitsstandards. EURATOM hat hier Grundlagenarbeit geleistet und man sprach von der REM-Einheit (Radio Emission Man). Hinzu kommen die Leistungen von EURATOM im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Brennstoffkontrolle.

Gehler:

Wenn heute von Sicherheitsstandards die Rede ist, denkt man in erster Linie an die Internationale Atombehörde in Wien, eine UNO-Organisation. EURATOM taucht in der öffentlichen Wahrnehmung kaum auf.

Karl-Heinz Narjes:

In Wien hat sich EURATOM durchgesetzt und erreicht, daß es als eigenständige Behörde bei der Durchsetzung der Sicherheitsstandards auf Weltenebene mitentscheiden kann. Die Vereinigten Staaten haben darauf verzichtet, die einzelnen europäischen Staaten EURATOMs in Wien zu kontrollieren. EURATOM galt als Einheit. Es hat die Wiener Standards en bloc eingeführt und durchgesetzt. Das hat viel Überzeugungsarbeit in Washington gekostet.

Gehler:

Ich frage nach, weil aus Ihrem Lebenslauf hervorgeht, daß Sie für Energiepolitik sehr großes Interesse hatten. Warum dieses Schattendasein von EURATOM? Sie hatten auf unterschiedliche, ordnungspolitische, dirigistische versus privatwirtschaftliche Vorstellungen in Deutschland und Frankreich verwiesen.

Karl-Heinz Narjes:

Ich bin unverändert überzeugt davon, daß die Kernenergie eine Zukunft hat. Sie war aber damals teilweise „überverkauft“. Wir wissen heute mehr, auch von den politischen Umweltproblemen und ihrer Beherrschung. Eine andere Lösung kann vielleicht aus dem gesamten Bereich der Wasserstoff-

wirtschaft, vor allem von den Brennstoffzellen, kommen. Da gibt es aber auch ein Machtproblem: Wer produziert mit welchen Anlagen, Kosten und technischen Optionen Wasserstoff und wo stehen diese? Die ersten Wasserstofflieferungen, so erinnere ich mich, haben wir zu Versuchszwecken in den 1980er Jahren für die Forschungspolitik der EWG getätigt.

Gehler:

Die Nuklearpolitik birgt für Historiker ein Quellenzugangsproblem, sie ist weitgehend terra incognita. Wie weit hat Nuklearpolitik den Verlauf der europäischen Integration präjudiziert? De Gaulles „non“ 1963, was den britischen EWG-Beitritt angeht, zieht sich bis 1967/68 herauf. Wie weit, würden Sie sagen, ist die Frage der Nuklearpolitik wichtiger gewesen, als es für die Öffentlichkeit erscheinen konnte?

Karl-Heinz Narjes:

Auch für die Beantwortung dieser Frage muß die militärische Seite von der zivilen Nutzung unterschieden werden. Während für den Reaktorbau zunehmend die wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit den Ausschlag gaben, blieben die militärischen Probleme eher eine Domäne der nationalen Machtpolitik der Beteiligten. Wie weit sich daraus Rückschlüsse ziehen lassen für das Verhalten in der EWG, kann wohl erst beantwortet werden, wenn alle Archive geöffnet sind.

Politisch erinnere ich mich noch an die Wirkung der Pressekonferenzen de Gaulles, der nicht müde wurde, im Vergleich zu Großbritannien darauf hinzuweisen, daß Frankreich eine originäre Atommacht sei und diese Technik aus eigener Kraft entwickelt habe. Großbritannien sei hingegen eine abgeleitete Nuklearmacht, die ihre Kenntnisse aus amerikanischen Quellen beziehen durfte. Von einer nuklearen Eigenständigkeit, so die französische Schlußfolgerung, könne man in Großbritannien nicht sprechen.

Gehler:

Wollte de Gaulle die britisch-amerikanische „liaison nucléaire“ auflösen?

Karl-Heinz Narjes:

Er wollte wohl lieber als Partner teilnehmen. Erst als ihm die Teilnahme verweigert wurde, mußte er sie erkämpfen. Das galt schon 1958, als Eisenhower de Gaulles Vorschlag für ein atlantisches Dreierbündnis ablehnte, und 1961 für die Spannungen mit Kennedy nach der Verweigerung des englischen Beitritts.

Gehler:

War eine Teilhabe Frankreichs an der britisch-amerikanischen Kooperation möglich?

Karl-Heinz Narjes:

Im Prinzip ja. Auch in Amerika gab es Probleme des Zusammengehens mit Großbritannien. Gelegentlich war Kennedy vorgeworfen worden, zuviel mit dem britischen Premierminister zu sprechen. Kennedy soll geantwortet haben: „Finally, you need somebody to talk to“.

Die Engländer hatten eine Welterfahrung, die den Amerikanern fehlte. Kennedy kam aus einer irischen Familie aus Boston, sein Vater rang noch um gesellschaftliche Anerkennung. Die Begegnung mit der englischen Führungsschicht sowie die Erfahrung des Weltreiches schaffte für Kennedy Vater und auch für Kennedy Sohn eine Chance. England war das Mutterland, das große Welterfahrung hatte. Das spielte damals eine große Rolle, und was Winston Churchill und Margaret Thatcher „The Union of the english speaking nations“ nannten: Der Zusammenschluß der durch die englische Muttersprache verbundenen Nationen, ist enger, nachhaltiger, verpflichtender, als derjenige mit dem Kontinent. Der einzige englische Nachkriegspremier, der auf europäische Verantwortung vorbereitet war, hieß Edward Heath, übrigens ein Freund von Jean Monnet und George Ball. Heath hat die englisch-französische Annäherung konstruktiver gestaltet als andere britische Politiker der Nachkriegszeit zuvor.

Gehler:

Gestatten Sie mir den Sprung in die Gegenwart. Wo liegen eigentlich die Hindernisse, daß die Briten noch nicht im EURO-Verbund sind?

Karl-Heinz Narjes:

Sie liegen nicht zuletzt auch im Bereich der Völkerpsychologie und der von ihr beeinflussten öffentlichen Meinung. So wird, um ein Beispiel zu nennen, die öffentliche Meinung in Großbritannien ganz wesentlich von zwei Mediengruppen bestimmt, die weniger dem „klassischen England“ als dem Commonwealth verpflichtet sind. Das ist einmal die kanadisch-amerikanische Mediengruppierung um Mr. Black, dem Eigentümer des Daily Telegraph und einiger Sender. Zum anderen ist das der Australier Rupert Murdoch. Beides sind klassische Exponenten der english speaking nations. Etwas anderer Art sind Ursprung und Wirkung der englischen Wirtschaftspresse, also der Financial Times und des Economist. Sie haben eine breite Leserschaft in den Vereinigten Staaten. Fast jeder Vorstand jeder Gesellschaft abonniert den Economist, fast alle haben die Financial Times neben dem Wallstreet Journal.

Gehler:

Sind die Briten für integrationsskeptische Kreise in Amerika ein Mechanismus, ein Regulativ, europäische Integrationsprozesse mitzusteuern?

Karl-Heinz Narjes:

Der Tendenz nach ja. Ich halte namentlich das Pentagon von ihnen für erreichbar, denn für das Pentagon sind die Briten die verlässlichsten Bündnispartner. Die Engländer werden als dauerhafte Verbündete und befreundete Partner angesehen und bevorzugt.

Die Deutschen haben es hingegen nie ganz verstanden, sich auf diesem Spielfeld zu bewegen. Der Deutsche, der das am Besten gekonnt hat, war wohl Helmut Schmidt.

Gehler:

Sie haben vorhin angedeutet, die Gemeinschaft erwies sich als nicht zerstörbar. 1958, als de Gaulle in Frankreich an die Macht gekommen ist, hat sich ein österreichischer Vertreter in Luxemburg mit Dirk Spierenburg von der Hohen Behörde unterhalten. Er meinte sinngemäß: „Wir müssen jetzt aufpassen mit de Gaulle, damit nicht der ganze Porzellanladen zusammen-

bricht.“ Ist die Einschätzung zutreffend, daß die Existenz der EWG auf Messers Schneide stand?

Karl-Heinz Narjes:

Es gab immer Probleme mit Frankreich. Kaum hundert Tage nach dem Inkrafttreten des EWG-Vertrages, im Mai 1958 also, endete die IV. Republik. Die Unsicherheiten über das Vertragswerk endeten jedoch schon kurze Zeit danach mit dem Ausspruch de Gaulles: „La communauté, n'est pas mal, mais les institutions ...“. De Gaulle wollte nicht die Gemeinschaft zerstören, er wollte sie beherrschen. Um die EWG beherrschen zu können, mußte er aber den Algerienkrieg schnell beenden. Das dauerte bis 1961.

Es gab aber auch noch andere Probleme. Einmal das offene Freihandelszonen-Problem und die Reduzierung des englischen Einflusses auf das Maudling-Komitee. Das war zu Weihnachten 1958 gelungen. Die diplomatischen Trümmer wurden von Großbritannien in der EFTA reorganisiert. Es gab die schwierige Aufgabe der Sanierung der französischen Währung, die Ende 1958 von Antoine Pinay gelöst wurde.

Gehler:

Gab es zwischen CERN und EURATOM eigentlich wechselseitige Beziehungen?

Karl-Heinz Narjes:

Man nahm voneinander Kenntnis. „Besondere Vorkommnisse“ sind mir nicht in Erinnerung. Es tauchte gelegentlich die Frage auf, ob Europa eine bestimmte Aufgabe selbständig lösen oder sie besser in einem größeren Zusammenhang gestellt werden solle.

Gehler:

Es gab in den Jahren von 1956 bis 1958, bis de Gaulle ans Ruder kam, wie schon erwähnt, trilaterale Verhandlungen. Die sind historisch erforscht worden. Hier ging es auch um die Beteiligung der Bundesrepublik an der Entwicklung der Atombombe. Wie weit war das damals bekannt?

Karl-Heinz Narjes:

Die Kommission war offiziell nicht unterrichtet. Ich vermute, daß Hallstein soviel wußte wie Adenauer und Strauß, denn bis Ende 1957 dürfte er den entsprechenden Briefwechsel mindestens abgezeichnet haben. Aber das hat er für sich behalten. Nach meiner Erinnerung gab es darüber auch Spannungen mit Strauß. Französischer Verhandlungspartner war zuerst Bourguès Maunoury, später Jacques Chaban-Delmas. Von italienischer Seite nahm Paolo Emilio Taviani teil.

Sie müssen die Arbeitsweise eines Kabinetts in der Kommission begreifen: Das war zu Beginn der Gemeinschaft mehr Anspruch als Realität. Wir waren in der Kommission so klug oder so dumm, wie wir uns Informationen beschaffen konnten. Wir hatten zunächst keinen Apparat, der uns diese Arbeit abnahm. Wir lebten im Grunde von einer intelligenten Auswertung der Presse und Gespräche. Zunächst begannen wir wie Bonn 1949 mit der Neuen Zürcher Zeitung und Le Monde. Die gewohnte Kommunikation in den Hauptstädten von Kollege zu Kollege wurden zunehmend unergiebig und teilweise in Brüssel durch Verbindungen zwischen den Kabinetten abgelöst. Auf Ihre Frage also: Ich wußte damals nicht, daß Gespräche eingeleitet und, auf den Druck de Gaulles hin, wieder eingestellt worden waren.

Gehler:

„Eingestellt“ ist freundlich formuliert, er hat sie abgewürgt.

Karl-Heinz Narjes:

Das ging nach meinen Erinnerungen alles sehr schnell. Das schon erwähnte Atlantik-Memorandum de Gaulles über ein Dreier-Direktorium wurde auch von Eisenhower sehr schnell abgelehnt.

Gehler:

Hätte mit dem Einverständnis de Gaulles zur Fortsetzung der trilateralen Gespräche EURATOM integrationspolitisch eine andere Dimension bekommen können? Oder wäre das von der Forschung der Atomenergie fein säuberlich getrennt worden?

Karl-Heinz Narjes:

Die Frage ist reichlich spekulativ und deshalb kaum klar zu beantworten.

Jedenfalls wäre keine europäische Lösung möglich gewesen, ohne Benelux voll einzubeziehen. Das hätte wahrscheinlich Vertragsänderungen nötig gemacht, wahrscheinlich auch eine Änderung der Vertragsprozesse. Auch die Fragen der Information und Mitwirkung der Vereinigten Staaten hätten gelöst werden müssen. Kurz: Die Spekulation ihrer Frage überschreitet die Realität der damaligen Zeit bei weitem.

In diesem Zusammenhang gehört aber die Erinnerung an den späteren amerikanischen Vorschlag einer deutschen Mitbeteiligung an einem Nuklearwaffeneinsatz. Durch eine multilaterale Atomstreitmacht, Multilateral Force (MLF).

Aus der Berührung mit der MLF-Gründung, an der die EWG nicht beteiligt war, ist mir nur eine große Unsicherheit und Unerfahrenheit im Umgang mit Nuklearwaffen in Erinnerung. Ich glaube, es war gut, daß Ludwig Erhard dem Versuch widerstanden hat, in Vietnam aktiv zu werden. Johnson hatte es verlangt, ein Sanitätsschiff war die Antwort.

Gehler:

Das Bemerkenswerte und Unglaubliche ist ja bei diesen trilateralen Gesprächen – im übrigen haben deutsche Historiker das vor Jahren dokumentiert – wie man das ABC-Waffenverbot der Pariser Verträge mit französischer und italienischer Zustimmung zu unterlaufen begann. Das war auf der einen Seite ein gewaltiger Vertrauensvorschuß auch der deutschen Seite gegenüber, im Unterschied zum Jahr 1954, als die EVG mit deutscher Beteiligung abgelehnt worden war – was hat sich in dieser kurzen Zeit so dramatisch bewegt? Auf der anderen Seite hat man den Eindruck bei EURATOM, auch wenn es hier nur um friedliche Atomforschung ging, daß die Deutschen noch ringen mußten, um als völlig gleichberechtigt angesehen zu werden. Wie geht das zusammen?

Karl-Heinz Narjes:

Die Kommission der EWG war an diesen Gesprächen, die vor ihrer Gründung bereits eingeleitet worden waren, nicht beteiligt, nicht informiert und nicht zuständig. Was sie aber politisch interessant machten, waren ihre Rückwirkungen auf den Integrationsprozeß. Die dazu notwendigen Informationen konnten teilweise erst aus den Memoiren und Archiven entnommen werden. Insbesondere die Probleme der deutschen Wiedereingliederung in die westliche Völkergemeinschaft waren damals meiner Erinnerung niemals ein Thema der Kommission.

Gehler:

Liegt in dieser nicht gleichrangigen Position Deutschlands auch eine Ursache für das Mauerblümchendasein von EURATOM? Normalerweise ist Deutschland immer Pionier und Lokomotive des Integrationsprozesses. Hier scheinen den Deutschen offensichtlich Fußangeln angelegt. War das auch ein Grund?

Karl-Heinz Narjes:

Es gibt gewisse Zusammenhänge. Auf der französischen Seite war Jean Monnet 1956 ernsthaft besorgt, daß eine EWG wegen der französischen Agrarpolitik nicht erreichbar sei. Wenn man etwas zusammen machen wollte, dann allenfalls in der zukünftigen Energiepolitik jenseits der Steinkohle. Eine Energiegemeinschaft war ein Ersatz- oder Hilfsziel für Monnet, an dem er bis zum Frühherbst 1956 festzuhalten schien. Die anderen „Gründungsväter“, insbesondere Paul-Henri Spaak, haben damals Monnet vorgeworfen, den Pessimismus zu weit zu treiben. In Deutschland gab es Kritik, weil von einer Energiegemeinschaft zuviel Staatswirtschaft und Bevormundung befürchtet wurde. Diese Überlegungen dürfte es 1955/56 in Bonn gegeben haben, sie haben aber wohl letztlich weniger Gewicht gehabt, als in Ihrer Frage anklingt.

Gehler:

Sie haben anklingen lassen, es war durchgehend die nuklearpolitische Position de Gaulles: Keine deutsche Beteiligung gleichberechtigender Natur.

Hat sich das dann nach de Gaulle mit Georges Pompidou und Valérie Giscard d'Estaing geändert?

Karl-Heinz Narjes:

Die Antwort kann nur sein: Aus der Zeit Pompidous ist mir keine Änderung der nuklearpolitischen Position de Gaulles in Erinnerung. Unter Giscard hat sich das informelle Umfeld dieser Diskussionen gelockert.

Gehler:

1958 führt Ihr Weg nach Brüssel. Sie werden dort stellvertretender Kabinettschef. Wie weit waren Sie mit der Integrationsmaterie damals schon vertraut? War Ihnen bewußt, daß der Gemeinsame Markt eigentlich auch als Bruch mit der Methode Monnet gesehen werden konnte, der ja sektorale Integration vor Augen hatte, während sich mit dem Gemeinsamen Markt ja ein völlig neues Feld auftat, nämlich ein umfassendes Integrationskonzept gegeben war? Wie haben Sie die EWG gesehen und was waren Ihre Erwartungen?

Karl-Heinz Narjes:

1957 kannte ich Walter Hallstein persönlich nicht. Er gab damals seinem persönlichen Referenten die Weisung, Mitarbeiter des künftigen Kabinetts vorzuschlagen. Seine Wahl fiel u.a. auf mich, weil ich über ein einschlägiges Thema promoviert und in der Prüfung sehr gut abgeschnitten hatte. Hallstein akzeptierte den Vorschlag des persönlichen Referenten. Und so blieb ich vom ersten Tage der EWG bis zu seinem Ausscheiden 1967 im Kabinett Hallstein, seit 1963 als Kabinettschef. Wir blieben bis zu seinem Tode 1981 in engem Kontakt. Eine große Hallstein Biographie fehlt bis heute. Diese herausragende, weitschauende und eindrucksvolle Persönlichkeit hat sie längst verdient.

Ob Monnet, wie Sie unterstellen, die sektorale Integration als entscheidend für den Erfolg des Einigungsprozesses ansah, weiß ich nicht. Belege für diese These sind mir nicht bekannt. Wahrscheinlich handelt es sich um eine nicht gerechtfertigte Verallgemeinerung der Montanunion. Ich habe Monnet als einen zähen Pragmatiker mit Visionen und Augenmaß in Erinnerung. In diesem Zusammenhang werden häufig auch die Schwierigkeiten

unterschätzt, die Adenauer im Ruhrgebiet mit der Durchsetzung der EGKS hatte. Die CDU-Fraktion im NRW Landtag fürchtete z.B. um die paritätische Mitbestimmung. Die Wirtschaft wollte zu Recht jeden Einstieg in eine Staatswirtschaft verhindern. Aus diesen Motiven heraus, gab es dann eine Reihe wirtschaftlicher Grundsatzforderungen, um die sich Franz Etzel verdient gemacht hat. Es handelt sich im Wesentlichen um die ordnungspolitischen Gesichtspunkte, die in den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU formuliert waren.

Die Sorge von Monnet galt damals dem schwer kalkulierbaren, aber selten konstruktiven Einfluß der zahlreichen französischen Agrarpolitiker. Es war für sie leichter, institutionelle Probleme aufzugreifen, als eine politische Diskussion über Agrarpreise zu führen. Diese Frontstellung belastete die französische Delegation immer wieder, besonders schwer im Herbst 1956, als auch die Agrarpolitik begrenzt dem Politikwandel nach der Doppelkrise folgen mußte. Der fundamentale Politikwandel geschah danach unter dem Eindruck der Ereignisse in Budapest.

In den folgenden zügigen Verhandlungen zur Vollendung der EWG hat sich besonders der damalige „Juniorminister“ Maurice Faure große Verdienste erworben. Er war zuvor Delegationsführer des französischen Verhandlungsteams für die Saar-Verhandlungen und hatte während dieser ein enges Vertrauensverhältnis zu Walter Hallstein, der die deutsche Delegation führte, aufgebaut. Die Freundschaft hielt bis zum Tode Hallsteins. Ich erinnere mich noch lebhaft an ein Gespräch mit Faure, in dem er sich bitter beklagte, vom Tode Hallsteins nicht rechtzeitig unterrichtet worden zu sein.

Gehler:

Das heißt, Monnet war nicht aus grundsätzlichen Erwägungen gegen eine umfassendere Integration...

Karl-Heinz Narjes:

Meiner Ansicht nach nein. Monnet hatte vielfach die Befürchtung in Frankreich, d.h. in der Nationalversammlung, unüberwindbare Hindernisse aufzubauen. So waren die vorgesehenen Regeln für das Wettbewerbsrecht besonders heikel. An der Schlußfassung hat nach meiner Erinnerung auch

noch George Ball, der spätere stellvertretende Außenminister unter Kennedy, der damals als amerikanischer Anwalt Monnet beriet, persönlich mitgewirkt.

Im Grunde war die agrarpolitische Lösung des EWG-Vertrages eine Zumutung für die Welt des Freihandels. Tatsächlich gab es indessen eine Reihe von Vorschriften für die Agrarpolitik, die niemals angewendet wurden, weil sie vor allem für den Ratifikationsprozeß in Paris geschaffen waren. Konkrete Inhalt gab es erst in der Konferenz von Stresa, also nach dem Inkrafttreten der EWG.

Ich war später als stellvertretender Kabinettschef zugegen, als eine kleine Delegation unter Sicco Mansholt und Jean Rey in Washington die Grundzüge der gemeinsamen Agrarpolitik vorstellte. Sie verhandelten dort mit dem Demokraten George Ball und dem Handelsbevollmächtigten Kennedys, Christian Herter, ein Republikaner. Und George Ball faßte zusammen: Wir akzeptieren, daß die europäische Agrarpolitik in ihren historischen Dimensionen zu grundlegenden strukturellen Veränderungen der gesamten Agrarwirtschaft führt. Dies kann nicht ohne Rückwirkungen auf die amerikanischen Agrarexporte und die daran anknüpfenden Erwartungen bleiben. Wir verzichten deshalb zunächst auf eine Steigerung unserer Agrarexporte, aber wir wollen vom europäischen Markt nicht dauerhaft abgeschnitten werden. Die Änderungen der Agrarpolitik können, wenn sie nicht beherrscht werden, sogar die politische Stabilität in Europa gefährden. Das liegt nicht im amerikanischen Interesse. Später habe ich eine ähnliche Argumentationsweise in der Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Eurokommunismus im Mittelmeerraum mehrfach gehört. Die Vereinigten Staaten haben so durch ihre befristete Akzeptanz dieser Sonderlage dazu beigetragen, der Landwirtschaft im GATT eine differenzierte Berücksichtigung zu sichern, deren endgültige Regelung noch heute unverändert ein Kernproblem der Welthandelspolitik darstellt.

Monnet war nach meiner Erfahrung also kein Gegner des allgemeinen Binnenmarktes und der Zollunion, sondern nur so vorsichtig, wie es die französische innere Lage ihm gestattete.

Daß er die umfassende politische Union niemals aus den Augen verlor und an sie durch die allgemeine Formel von der finalité politique des Einigungsprozesses erinnerte, war allen Integrationspolitikern in der EWG bekannt und wurde auch von allen gebilligt.

Gehler:

Da Sie Monnet ansprechen, es ist ja bekannt, daß er sehr gute Kontakte nach Amerika zum Bankhaus Dillon/Reed hatte. Wie weit hat Monnet, eigentlich völlig unfranzösisch, mit seiner supranationalen, sektorialen Integrationsvorstellung, aufgrund enger Verbindungen zu den USA, amerikanische europapolitische Vorstellungen antizipiert?

Karl-Heinz Narjes:

Monnet ist ein Unikum in der französischen Geschichte. Er war kein Inspecteur des Finances. Er hatte keine abgeschlossene akademische Ausbildung, er war eher Junior einer mittelständischen Cognacfirma. Als junger Mann hatte er bereits mit seinen Vorstellungen entscheidenden Einfluß auf die französische Logistik der Versorgung aus den Vereinigten Staaten ausgeübt. Nach 1919 wurde er zu einem leitenden Mitarbeiter des Sekretariates des Völkerbundes ernannt. Er hatte u.a. die finanzpolitische Lebensfähigkeit der neugeschaffenen Staaten in Südosteuropa zu sichern. Aus diesen vielfältigen Erfahrungen entwickelte sich ein intensives Netz von weltweiten persönlichen Beziehungen. Monnet war ein Mann des Gespräches, nicht aber der großen Rede, er scheute eher das große Publikum. Wenn er z.B. in Washington etwas erreichen wollte, ging er zunächst zu den jüngeren Beamten des State Departments und arbeitete sich in der Hierarchie nach oben bis ins Weiße Haus. Er hatte das lange Vertrauen der amerikanischen Regierung, der als „Mister Europe“ das überzeugendste Konzept der europäischen Konsolidierung und des Wiederaufbaus vertrat. Seine Verbindungen zu Douglas Dillon haben meiner Erinnerung nach in seiner Zeit im Sekretariat des Völkerbundes begonnen, die Vereinigten Staaten hatten bekanntlich die Mitgliedschaft im Völkerbund abgelehnt. Infolgedessen war die amerikanische Bankenwelt besonders interessiert, bei der Sanierung Südosteuropas mitzuwirken. Die Familie Dillons, später

war er der Finanzminister Kennedys, kam nach meiner Erinnerung aus Litauen.

Gehler:

Das wollte ich mit meiner Frage wissen. Hat Monnet in dieser Rolle möglicherweise auch wechselwirkend die amerikanische Europapolitik sensibilisiert? Wie weit hat er sie beeinflusst?

Karl-Heinz Narjes:

Die grobe Skizze seines Einflusses ergibt sich aus meinen Bemerkungen. Im Detail muß man die Archive, Fachliteratur und vor allem auch die drei großen Biographien über Monnet konsultieren.

Die so gewachsenen persönlichen Beziehungen wurden 1956 – in der schon mehrfach erwähnten Doppelkrise von Suez und Budapest – einer historischen Prüfung unterworfen. Der englisch-französische Rückzug aus Ägypten war damals von J.F. Dulles erzwungen worden. Frankreich und England wollten ihren Rangverlust nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Entkolonialisierung nicht dauerhaft festschreiben. Churchill war gelegentlich schon „das fünfte Rad am Wagen“, de Gaulle war nicht nach Jalta eingeladen worden und mußte um seinen Großmachtstatus kämpfen.

Gehler:

Wenn man sich die Hohe Behörde ansieht, so hatte sie im EGKS-Vertrag weitaus mehr Durchgriffsmöglichkeiten gehabt als die EWG-Kommission, die nur noch Kommission, nicht mehr Haute Autorité hieß. Das war formal betrachtet ein Verlust an Supranationalität. Wie ist das mit *finalité politique* zusammen zu bringen?

Karl-Heinz Narjes:

Die Frage ist scheinbar etwas kompliziert. Sie hängt mit der damaligen Verhandlungstechnik und den Vorstellungen über die Organisation des Integrationsschemas zusammen, das dieser Methode zugrunde lag. Der beste Kenner dieser Zusammenhänge war wohl der Botschafter Carl-Friedrich Ophüls. Der von Ihnen beschriebene Vorgang kann als Abkehr vom vorgestellten Ablauf des Entscheidungsprozesses verstanden werden, ohne in der

Sache Konzessionen zu machen. Nach dem Montanvertrag konnte die Hohe Behörde entscheiden, war aber anschließend von der Genehmigung des Ministerrates abhängig. Im EWG-Vertrag war die Kommission völlig frei, um Vorschläge zu machen, mußte sich aber eine Mehrheit im Ministerrat suchen. Wenn die Kommission ihre Vorschläge so formulieren konnte, daß sie den Wünschen wenigstens einiger Mitgliedsstaaten entsprachen, konnte sie durch die Drohung eines Rückzuges des Vorschlages, Druck aufbauen. Ein solcher Druck reichte dann vielfach aus, Kompromißverhandlungen unter den Mitgliedstaaten auszulösen, um vernünftige Ergebnisse zu erzielen. Eine solche Lage unterschied sich kaum von einer Genehmigungsverweigerung im Ministerrat der Hohen Behörde.

Die Lösungen im EWG-Vertrag und in der Montanunion entsprachen dem Wunsch, die Kommission und den Rat als gleichwertige politische Partner des europäischen Entscheidungsprozesses zu installieren. Genau diese Wirkung hat viele Franzosen und später auch Engländer sehr gestört. Die in Ihrer Frage unterstellte Verringerung der Supranationalität hat faktisch also nicht stattgefunden.

Die beschriebenen Probleme haben bei veränderten Konstellationen auch noch im Konvent 2003 eine Rolle gespielt.

Gehler:

Für Sie ist das kein Integrationsrückschritt oder Supranationalitätsverlust gewesen?

Karl-Heinz Narjes:

Der Integrationsfortschritt lag in der weiterführenden sachlichen Entwicklung der Integration. Es gab allenfalls einen Verlust aus dem Vertrag über die Fusion der drei Gemeinschaften 1967. Darin war ein Satz formuliert, der vorher nicht in den Integrationsverträgen enthalten war und sich auf die Gründung eines Ausschusses für die Ständigen Vertreter (COREPER) vorsah. Das mag als Verfahrenspräzision harmloser klingen, als es von den Betreibern der Änderung gemeint war.

Gehler:

Es war also mit Installierung dieses Ausschusses der Ständigen Vertreter eine Art Intergouvernementalisierung mit Blick auf die Kommission gegeben?

Karl-Heinz Narjes:

Man muß den Konflikt über den COREPER auch im Zusammenhang mit der immer wieder aufkommenden Diskussion über die Einführung von „nationalen“ Europaministern sehen. Mit Recht sind solche Europaminister-Pläne immer wieder abgelehnt worden, weil sie im Ergebnis einmal auf nationaler Ebene nicht in sachdienlicher Form umsetzbar waren und zum anderen auf Gemeinschaftsebene mit einem Rangverlust der Exekutive einhergingen.

Auf nationaler Ebene wären Europaminister im Laufe der Vertragserfüllung mächtiger geworden, als alle anderen Minister, oder aber so schwach geblieben, wie es die ständigen Vertreter normalerweise im Botschafterrang waren und blieben. Sie hätten keinerlei zusätzliche Entscheidungsbefugnisse in der Sache bekommen.

Auf europäischer Ebene hätten die Europaminister – als Gegenpole der Kommission – diese um die Möglichkeit gebracht, auf die nationalen Ressortminister direkt und gleichberechtigt einzuwirken.

Man kann bei erweiterter Betrachtung auch diese Problematik mit den Vorschlägen vermengen, die auf eine unmittelbare Beteiligung der Staatsregierungschefs auf Einzelentscheidungen der Ministerräte hinausliefen. Auch dies ist immer wieder als Schwächung des gemeinschaftlichen Entscheidungsverfahrens abgelehnt worden.

Gehler:

Dieses ständige Ringen in der Finalitätsdebatte zwischen mehr Kompetenz für diese Gemeinschaftsform oder Wahrung der nationalstaatlichen Kompetenzen wirft eine grundsätzliche Frage auf: Wie europäisch bzw. wie nationalstaatlich orientiert waren die Akteure? Wie europäisch haben Sie sich als Kommissar, als Kommissionsmitglied, gefühlt?

Karl-Heinz Narjes:

Die Antworten auf Ihre Fragen haben sich im Zeitablauf geändert. In den ersten Jahrzehnten galten die Maximen der „Commission Hallstein“. Sie wurden überwiegend bis in die Zeit Delors hinein beachtet. Delors hatte uns in den ersten Monaten seiner Amtszeit erklärt, er wolle nach Walter Hallstein der erfolgreichste Präsident der EWG-Kommission werden.

Die Aufweichung und Verwässerung können vor allem mit Beginn der Erweiterung der Mitgliedstaaten auf 15 gesucht werden. Die Kommissare begannen sich zunehmend als Vertreter ihrer Entsendestaaten zu begreifen, während in früheren Kommissionen bei Bezugnahmen auf den Sendestaat noch mit der Formel „the country, I know best!“ argumentiert wurde.

Die bemerkenswertesten Schwierigkeiten sah ich immer in den politischen Kommunikationsproblemen mit den verschiedenen nationalen öffentlichen Meinungen. In einer solchen Betrachtung muß man auch die Gründe für die ständige Schwäche der Gemeinschaftsakzeptanz durch die deutsche öffentliche Meinung suchen. Der deutsche Föderalismus hat zusätzlich zwischen die Kommission und den Bürgern noch Länderinstanzen geschaltet. Es existierten nicht nur nationale Interessen, sondern auch eine besondere Schicht von Länderinteressen, die schon aus sprachlichen Gründen von den Bürgern anderer Mitgliedsstaaten schwer zu begreifen war. Wer an dem Thema der Kommunikationsmängel näher interessiert ist, sollte sich übrigens auch um den Ablauf der Luxemburger Integrationsverhandlungen im Januar 1966 kümmern, mit denen damals die Politik des sogenannten „leeren Stuhles“ beendet wurde.

Gehler:

Sie waren engster Vertrauter von Walter Hallstein und haben seine gesamte Amtszeit hautnah miterlebt. Hallstein ist erster EWG-Kommissionspräsident gewesen. War das nicht ein gewaltiger Vertrauensvorschuß den Deutschen gegenüber? Und wie ist Hallsteins Rolle als Kommissionspräsident von den übrigen fünf EWG-Staaten rezipiert worden?

Karl-Heinz Narjes:

In der Tat war Hallsteins Ernennung zum ersten Präsidenten der Kommission ein außergewöhnlicher und persönlicher Vertrauensbeweis für ihn, für Adenauer und die junge deutsche Demokratie. Eine kleine Geschichte mag dies illustrieren. Bei den Verhandlungen des Schuman-Plans meinte ein Mitglied der holländischen Delegation: Wenn der Hallstein für Deutschland etwas zusagte, haben wir uns auf jedes Komma verlassen können. Er hat gehalten, was er versprach. Und in keinem Satz mehr versprochen, als er halten konnte. Konrad Adenauer stand wie ein „rocher de bronze“ hinter ihm. Wenn andere sprachen, wußten wir nie, ob sie „flunkern“.

Sodann: Hallstein sprach gut Französisch und konnte die Diskussionen der Kommission in französischer Sprache führen. Diese Fähigkeit hat in Paris viel Vertrauen und Sympathie gebracht, ohne ihm im Washington zu schaden. Die Amerikaner vertrauten ihm, weil sie ihn aus Georgetown und vielen Funktionen der Nachkriegszeit kannten. Kurzum, er war eine allseitig anerkannte und respektierte Persönlichkeit.

Ein persönlicher Beitrag Hallsteins zur europäischen Integration wird selten voll beachtet. Ich meine alles, was sich auf die Entwicklung der Gemeinschaft als Rechtsstaat und insbesondere auch auf den Rang des europäischen Gerichtshofes bezog. Daß viele Konflikte, die sonst als politische Spannungsherde außer Kontrolle geraten konnten, als Rechtsfragen entschärft werden konnten und die Existenz der Gemeinschaft nicht bedrohten, ist gerade dieser weitschauenden Politik von Hallstein zu danken. Er sprach einmal vor dem Europäischen Parlament von der „Majestät des Rechts“.

Gehler:

Was hat dazu geführt, daß Hallstein umstritten war? Hatte er Gegner, und wenn ja, wer waren diese Gegner?

Karl-Heinz Narjes:

Es gab eine Reihe von Gründen, sich mit Hallstein anzulegen. Viele Adenauer-Gegner haben sich gern an Hallstein gerieben, um nicht den Kanzler direkt anzugreifen. Solche Erwägungen dürften auch gelegentlich den

„Spiegel“ geleitet haben. Hallstein sprach nur von einem „norddeutschen Druckerzeugnis“, wenn er den „Spiegel“ meinte.

So lange die FDP an der Regierung beteiligt war, gab es keine offenen Konflikte mit Hallstein, sie wurden erst sichtbar, nachdem die FDP aus der Bundesregierung ausgeschieden war. Ich denke namentlich an seine Spannungen mit Thomas Dehler.

Ein besonderes Kapitel bilden die vielen Querelen mit Ludwig Erhard, der sich nicht von den politischen Notwendigkeiten, der als Friedenspolitik konzipierten deutsch-französischen Politik, soweit beeindrucken ließ, daß er damit auch Einschränkungen seiner weltwirtschaftlichen und handelspolitischen Konzeption akzeptieren wollte. Ein Höhepunkt dieser Querelen war der sogenannte Hallstein-Prozeß vor dem Landgericht Bonn im Jahre 1959.

Seine Beziehungen zur Post-Schumacher-SPD waren überwiegend sachbezogen.

Es sollte auch nicht übersehen werden, wie Hallstein mit Rückschlägen fertig wurde. Als ich 1958 im Kabinett Hallstein begann, sagte mir sein langjähriger persönlicher Referent Swidbert Schnippenkötter: „Sie müssen wissen, er ist ein Stehaufmännchen. Der erkennt keine Niederlage an, er fängt am nächsten Morgen dort an, wo er am Tage vorher aufgelaufen war.“ Nicht unähnlich war übrigens Monnet, der psychologisierend nach Rückschlägen immer die Frage aufwarf: Haben wir zuviel Änderungen auf einmal verlangt, müssen wir die Änderungen auf besser verdauliche Portionen unterteilen? Die Erinnerungen an Unterhaltungen mit Monnet nach der „Krise des leeren Stuhls“ sind mir zu diesem Verhaltensmuster noch in lebhafter Erinnerung.

Gehler:

Hat mit Adenauers Machtverlust und seiner Ablösung auch Hallsteins Position in Brüssel gelitten?

Karl- Heinz Narjes:

Nicht unmittelbar und sofort. Die Position Hallsteins war durch seine Leistungen eigenständig, er wurde respektiert und von den Integrationsgegnern

geführt. Das Europäische Parlament hat ihn mit einer guten Mehrheit unterstützt.

Mit dem Zeitablauf hatte sich die europapolitische Gesamtkonstellation weitgehend entwickelt. Einmal mußte man erkennen, wie sehr sich die britische Position nach Suez unter dem Eindruck de Gaulles verändert hat. Adenauer konnte diese Veränderung später aus dem Status von Berlin ablesen. Macmillan war wohl bereit, über den Status Berlins zu verhandeln; was Washington nach dem Amtsantritt Kennedys schließlich machen wollte, war nicht immer klar. Adenauer mußte sich, um Überraschungen in der Berlin-Frage zu vermeiden, Frankreich annähern. Das wiederum berührte die Europapolitik und die Position Hallsteins.

Das Thema spitzte sich zu in der Auseinandersetzung über die politische Union und die Fouchet-Pläne, über den politischen Beitritt und den Streit um den deutsch-französischen Vertrag. Adenauer sprach von Hallstein in nicht öffentlichen politischen Situationen von einem „unpolitischen Menschen“, während Hallstein ihm die Gefahr der unvermeidbaren Sackgasse der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach einem deutsch-französischen Vertrag vorhielt. Spätestens in der zweiten oder dritten Pressekonzferenz nach dem Abschluß eines solchen Vertrages hätte Adenauer keine überzeugenden Antworten zu den atlantischen Beziehungen gehabt. Vor diesem Hintergrund war auch die berühmte Präambel des deutsch-französischen Vertrages geschaffen worden.

Ich meine, Hallstein hat damals in der Berlin-Frage den Druck auf Deutschland anders eingeschätzt als Adenauer. Die Beziehungen zu Paris waren mit dem Ausscheiden Adenauers nicht ohne Spannungen. Sie entluden sich 1964 beim ersten Besuch de Gaulles bei Bundeskanzler Erhard, wo er bekanntlich von den „welkenden Rosen“ sprach.

Die Zeit danach war durch eine verstärkte politische Dynamik gekennzeichnet, die de Gaulle ausgelöst hatte. Im November 1964 gab es die entscheidenden agrarpolitischen Marathonsitzungen des Ministerrates, in denen eine Landwirtschaftspolitik durchgesetzt wurde, die deutlich auf französische Interessen Rücksicht nahm.

Die Vereinigten Staaten aktivierten den Vietnamkrieg, in Großbritannien gab es Regierungswechsel und in der Sowjetunion näherte sich die Ära Chruschtschows ihrem Ende. Die Position Frankreichs und damit de Gaulles war in Europa also stärker als je zuvor seit 1958. Für Hallstein und die Kommission stellte sich deshalb 1965 die Frage, was de Gaulle aus dieser relativ günstigen Situation machen würde. Die Meinungen schwankten zwischen Änderungen der NATO und Änderungen der EWG-Strukturen. Mit dem „leeren Stuhl“ hat er dann im Juli 1965 begonnen, die Institutionen der EWG zu verändern und die Position Hallsteins zu attackieren, der satzungsgemäß 1966 wieder ernannt werden mußte.

Die fünf nicht französischen EWG-Mitglieder wollten die einseitige Aktion de Gaulles und die darin liegende schwere Brüskierung der Gemeinschaftsordnung nicht akzeptieren und begannen schon im September 1965, sich auf die Fortführung der Gemeinschaft ohne Frankreich vorzubereiten.

Von dieser Absicht wurde Couve de Murville unterrichtet, der mit „ça change tout“ geantwortet haben soll. Innerhalb Frankreichs erwies sich die Position de Gaulles als spürbar schwächer. Er hatte Ende 1965 Wahlen, die mit einem zweiten Wahlgang (ballottage) endeten. Infolge dessen begannen im Januar 1966 in Luxemburg „Friedensverhandlungen“. Das Verhandlungsergebnis ist bis heute umstritten. Während Paris vom „Luxemburger Kompromiß“ sprach, bezeichnete der deutsche Verhandlungsführer, Staatssekretär Rolf Lahr, das Ergebnis als ein „agreement to disagree“. Er hat darüber später auch im Europaarchiv geschrieben. Zur Bewertung ist aber auch festzustellen, daß Frankreich in seinen späteren bilateralen Gesprächen über den Beitritt Großbritanniens nach 1969 zur politischen Bedingung des Beitritts machen konnte, daß Großbritannien die französische Version des Luxemburger Ergebnisses akzeptierte.

Was die Wiederernennung Hallsteins anging, so gab es eine längere Periode der Meinungsverschiedenheit zwischen Paris und den anderen Fünf, die erst auf deutscher Seite nach dem Amtsantritt Kiesingers beendet wurde. Der holländische Außenminister Luns sagte damals zu Hallstein: „Sie können so lange bleiben, wie Sie es für richtig halten.“ Es galten die Regeln der Einstimmigkeit.

Persönlich habe ich aus der damaligen Konstellation noch eine andere Lehre gezogen. Wir waren Anfang 1967 weniger als zwölf Monate vor der Revolte des Jahres 1968. Hätte man diese Zeit überbrückt, wäre die Entwicklung völlig anders verlaufen.

Noch etwas gehört in diesen größeren Zusammenhang. Die sich überstürzenden Ereignisse in Paris, deren Tragweite man wohl in Deutschland nicht immer ganz erkannt hat, zwangen de Gaulle 1968 mit seiner Familie aus Paris nach Baden-Baden zu fliegen und zu fliehen. Der Befehlshaber in Baden-Baden war General Massu. Mit ihm verhandelte de Gaulle über seine Rückkehr nach Paris und die Loyalität der französischen Armee, die ihm Massu nur zusagte, wenn alle nach dem Algerien-Krieg verurteilten französischen Offiziere voll rehabilitiert würden.

Nach der Rückkehr aus Baden-Baden wurden die Zusagen erfüllt und eine Normalisierungspolitik begonnen.

Der Arbeitsfriede wurde durch die sogenannten „Accords de la Grenelle“ wieder hergestellt, in denen Lohnerhöhungen nach Pressemeldungen bis zu 45 Prozent zugesichert werden mußten. Inzwischen war Pompidou Ministerpräsident. Es lag nahe, bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Lasten der Revolte auch an Lösungen zu denken mit deutscher Beteiligung. Paris konzentrierte sich u.a. auf eine in Fachkreisen erörterte Forderung nach einer deutschen Aufwertung. Die Bundesrepublik stimmte nicht zu, sondern berief im Winter 1968/69 eine Konferenz in Bonn ein. Schiller und Strauß boten den Konferenzteilnehmern eine zeitlich begrenzte Sonderexportabgabe von 2,5 Prozent an. Nicht nur Frankreich fühlte sich durch dieses Angebot verhöhnt. De Gaulle soll wohl eine Aufwertung zwischen 7 und 8 Prozent erwartet haben. Er zog aus dieser Konferenz den Schluß, Deutschland nicht mehr allein kontrollieren zu können. Er sah die Grenzen seiner Macht und suchte eine Erneuerung des Verhältnisses mit den Engländern. Er bot ihnen ein Bündnis an. Er unterbreitete sein Angebot bei einem Essen in der britischen Botschaft, bei dem nur vier Personen anwesend waren: Botschafter Christopher Soames und seine Frau, eine Tochter Churchills, sowie de Gaulle und seine Frau. Es gab danach eine Kommunikationspanne mit dem zustimmenden Bericht Soames, weil der britische Premier gerade

zu einem Auslandsbesuch aufgebrochen war. Alles wurde danach professionell dementiert, man sprach vom „Soames- Zwischenfall“, gab aber den Grundgedanken nicht auf.

Gehler:

Das heißt: Hinter dem Rücktritt de Gaulles steckt eine langfristige Strategie. War Deutschland nicht mehr allein durch Frankreichs Vormacht in Europa zu bändigen?

Karl-Heinz Narjes:

So kann man es beschreiben, er hat jedenfalls seinem Nachfolger die notwendige Handlungsfreiheit gegeben. Sonst hätte man dem Nachfolger später Verrat vorwerfen können, falls er einem Beitritt und /oder Bündnis mit Großbritannien zustimmen wollte.

Gehler:

Daher die Öffnungsbereitschaft zu Großbritannien, daher auch die Einfädung des Rücktrittsszenarios?

Karl-Heinz Narjes:

Zum Rücktrittsszenario gehört nicht nur die Niederlage in einem Referendum, das er verlieren mußte, sondern vielleicht auch der Versuch, die Sowjets noch ins Spiel zu bringen. Darüber können nur die Archive Auskunft geben.

Gehler:

Zurück noch einmal zu seinem Machtantritt in Frankreich. 1958 scheitert ja auch aufgrund eines „Non“ von de Gaulle das Konzept einer großen Freihandelszone.

Karl-Heinz Narjes:

Dieses Konzept war wohl vor allem als Versuch gedacht, die EWG noch in der Gründungsphase zu zerstören. Dem diente namentlich das sogenannte Maudling-Komitee. Den sachlichen Zusammenhang kann man inzwischen aus den Akten des Cabinet Office in London entnehmen, da gibt es ein Memorandum des Schatzkanzlers aus der Zeit 1956/57. Darin stand sinn-

gemäß, daß das größte Unglück für England ein Kontinent unter französisch-deutscher Führung wäre. Das Maudling-Komitee war ein Versuch, die Gemeinschaft aufzulösen, „wie ein Stück Zucker in einem atlantischen Tee“.

Die Großbritannienpolitik de Gaulles stieß 1958 in den anderen Gemeinschaftsstaaten auf keinen großen Widerstand. In den meisten Hauptstädten der Gemeinschaft hielt man diese Politik für unvermeidlich.

Gehler:

Die EFTA wurde von Kritikern als „club of losers“ oder als eine amputierte Schwester der OEEC gesehen. Briten, Dänen und Iren erwogen 1961 den Beitritt zur EWG. Die drei Neutralen – Schweden, Schweiz und Österreich – sind im Dezember 1961 für eine Assoziierung. Das wirft die Frage auf: Wie erweiterungsfähig war die EG der 1960er Jahre?

Karl-Heinz Narjes:

Da durfte man nicht allzuviel erwarten. Sie war in den ersten Aufbaujahren noch nicht hinreichend gefestigt. Die Folgen einer vorzeitigen Erweiterung wären kaum vorhersehbar gewesen, da der Rechtsrahmen noch nicht stand. Es fehlte die institutionelle Krisensicherheit. Auch die Völker waren noch nicht vorbereitet. Ich erinnere mich noch an ein Gespräch aus dem Jahre 1961 mit Hallstein im Urlaubsort Schruns, als der britische EWG-Beitrittsantrag gestellt worden war. Seine Antwort lautete: „Es ist unvermeidbar, aber es kommt ein bißchen zu früh.“

Mein Urteil über die Erweiterungsfähigkeit der EWG 1961 ist auch bestimmt von meiner eigenen Tätigkeit im Kabinett Hallstein: Haushalt, Beamtenstatut, Sprachenfrage und andere Probleme gab es, die der politischen Konsolidierung dienten.

Wir wurden erst 1962 (nach den Erweiterungsbeschlüssen) aufnahmebereit, ohne daß wir dadurch existentiell bedroht würden. Es existierte noch keine „Erweiterungsroutine“, schon gar keine allgemein akzeptierte Definition eines „acquis communautaire“. Wer diesen nützlichen Begriff in die Debatte eingeführt hat, ist mir nicht mehr bekannt.

Gehler:

Man hat mit den Briten schon bald zu verhandeln begonnen. Der Antrag wurde im August 1961 gestellt. 1962 wurde bereits verhandelt. Und sie waren ganz optimistisch, daß sie das in nächster Zeit realisieren könnten.

Karl-Heinz Narjes:

Zunächst sah es so aus, daß der Verhandlungsführer Heath eine zügige Verhandlung durchziehen konnte. Im Herbst 1962 begannen erhebliche Schwierigkeiten, als Großbritannien das Agrarkapitel wieder öffnete. Die Vorbereitung des britischen Beitritts wurde durch interne Arbeitsgruppen in der Kommission und im Ministerrat beraten. Die Schwierigkeiten und Probleme waren dieselben, die in den Jahrzehnten bis heute in den Regierungskonferenzen und gegenwärtig im Konvent immer wieder auf manchmal unüberwindbare Widerstände stoßen. Schon in den Vertragsverhandlungen 1956/57 wurden die Stimmengewichte und damit verbundene Machtfragen minutiös diskutiert, manchmal auch zerredet. Um ein deutsch-französisches Monopol zu verhindern, wurden z.B. die Stimmrechte der Benelux-Staaten so ausgeweitet, daß Frankreich und Deutschland nicht alleine diktieren konnten, sondern mindestens die Stimme eines Benelux-Staates benötigten. Diese erhielten mit solchen Veränderungen im Grunde das doppelte an Stimmengewicht, daß sie „normalerweise“ zu beanspruchen gehabt hätten. So bekamen sie mit grob 24 Millionen Einwohnern dasselbe Stimmgewicht wie Frankreich und Italien mit mehr als 50 Millionen. Zwar schien man sich in den Vertragsverhandlungen darüber einig zu sein, daß die Benelux-Aufwertung nicht alle künftigen Entscheidungen präjudizieren solle, aber schon bei der ersten Beitrittsrunde mit Großbritannien und Skandinavien wurden diese historischen Zusammenhänge verdrängt und die Stimmrechtsausstattung der Benelux-Staaten als „Normalausstattung“ behandelt. So nahm der Krieg „Groß gegen Klein“ seinen Ausgang bis heute.

Kürzlich habe ich einen italienischen Kollegen zu diesen Zusammenhängen befragt, seine Antwort lautete sinngemäß: „Wir haben das Problem gesehen, haben aber nicht den Mut, es neu anzuschneiden.“

Gehler:

Sie haben gesagt, der Begriff „acquis communautaire“ ist erst aufgrund dieses Beitrittsbegehrens der Briten entstanden. Wie weit kann man sagen, daß dieses Beitrittsverlangen Dritter oder auch der Assoziationswerber das Selbstverständnis und die wenig ausgeprägte Identität dieser noch jungen Gemeinschaft sui generis beeinflußt haben?

Karl-Heinz Narjes:

Bei den zweiten Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien war die Unmöglichkeit offenkundig geworden, das Sekundärrecht bei Erweiterungen neu zu verhandeln. Damit war der „acquis communautaire“ in seinen Grundzügen gefestigt. Heute umfaßt er eine ganze europäische Rechtsordnung. Ich bedauere, daß es keine Gelegenheit gegeben hat, sie wesentlich zu straffen und transparenter zu formulieren.

Gehler:

Mir scheint beim Thema Assoziation ein ähnlicher interessanter Aspekt gegeben. Artikel 238 EWG-Vertrag sah gar nicht genau vor, was Assoziation sei, im Zuge der Assoziationsanträge hat man sozusagen eine gemeinsame Position erst noch erarbeiten müssen.

Karl-Heinz Narjes:

Sie haben Recht. Der EG-Vertrag hat die segensreiche Flexibilität möglich gemacht, die wir später benötigten. Wir konnten differenzieren zwischen präferenzieller und nicht-präferenzieller Assoziation. Die Verhandlungen mit den Mittelmeerstaaten haben später diese Begriffe präzisiert, wir konnten sie soweit nötig auch im GATT durchsetzen.

Ich bin nicht glücklich über den Mangel an Flexibilität, der der EU durch zu starre Festlegungen aufgezwungen wurde.

Gehler:

Wenn man sich ansieht, was die drei Neutralen sich zurechtgelegt hatten in den Gesprächen für ihren Assoziierungsantrag bis hin zu den Rückzugs-

möglichkeiten aus dem Assoziationsrat, muß man sich fragen, ob das für die EWG-Kommission annehmbar gewesen wäre.

Karl-Heinz Narjes:

Meine Antwort ist nein. Jedenfalls so, wie das ursprünglich einmal geträumt sein mag. Welchen Vorteil sollte die Kommission oder die Union von einem Vertrag haben, der alle Korsettstangen entfernt und Rosinenpickerei erlaubt? Das wäre eine andere Welt geworden. Nicht die Welt der Selbstbehauptung Europas in kritischen Zeiten. Eine solche Distanzierung von der finalité politique der ursprünglichen Gemeinschaft konnte nicht weiter führen.

Gehler:

Wie weit bestand eigentlich damals in dieser Gegenüberstellung EWG und EFTA weltanschaulicher Konfliktstoff nach dem Motto: Die EWG, das ist eher das katholisch-konservative, christdemokratische Europa, wobei die EFTA eher die Peripherie-Staaten repräsentierte und die Sozialdemokraten sich hier fanden. Wie substantiell war das?

Karl-Heinz Narjes:

Ich kann keine durchgreifende Antwort auf Ihre Frage geben. Allenfalls auf unterschiedliche Antworten, die zu verschiedenen Zeiten auf solche Themen gegeben wurden, hinweisen. Ich erinnere mich an dänische Journalisten, die in den Hinterzimmern Hallsteins nach Jesuiten suchten, von denen man wohl in Dänemark gesprochen hatte. Auch die Formel „L'Europe de Vatican“ läßt solche Vermutungen erkennen.

Gehler:

1963 hatte de Gaulles Veto auch Folgen für die Assoziationsbewerber. Schweizer und Schweden ließen ihre Assoziationsanträge von 1961 ruhen. Österreich hat den sogenannten Alleingang unternommen und im Februar 1963 sein Assoziationsverlangen erneuert. Alleingang: wie realistisch war das?

Karl-Heinz Narjes:

Ich habe den Alleingang nicht als sonderlich realistisch in Erinnerung. Auch kann ich mich nicht daran erinnern, welche besonderen Umstände ihn damals ausgelöst haben.

Gehler:

Wenn wir noch mal zum Jahr 1966 nach Luxemburg zurück kommen können. Sie haben gesagt, es war kein Kompromiß.

Karl-Heinz Narjes:

Es war ein agreement to disagree. Die Mehrheit blieb bei dem Gründungsvertrag, Frankreich konnte seine Änderungen nicht durchsetzen. Soweit der Hintergrund ausgeleuchtet werden soll, muß ich auf die „Verordnung 25“ hinweisen, die in einer Marathonsitzung im November 1964 angenommen wurde. Nach meiner Erinnerung waren die entscheidenden Vorschriften zur Finanzierung der Agrarpolitik, die darin geregelt waren, von Couve de Murville persönlich formuliert worden. Mit der Annahme dieser Verordnung haben wir damals weitergehende institutionelle Konzessionen Frankreichs erwarten dürfen. Sie blieben aus. Die in Perspektive dieser Erwartungen erarbeiteten Vorschläge der Kommission, die meiner Erinnerung nach gewisse Mehrheitsentscheidungen und Stärkungen des Parlaments enthielten, wurden von Frankreich vehement abgelehnt und von der Kommission nach Luxemburg nicht wieder aufgegriffen. Es ist in dieser Hinsicht bemerkenswert, wie eng die Zusammenarbeit zwischen Couve und dem Vizepräsidenten Marjolin war.

Gehler:

Es gab anscheinend aus französischer Sicht Ende der 1960er Jahre noch ein Schlüsselproblem: Können wir Deutschlands Potential aus eigenen Kräften unter Kontrolle halten und noch genügend Gegensteuerungsmittel entwickeln?

Karl-Heinz Narjes:

Die Frage hat man sich in Paris wohl immer wieder gestellt. Sie gehörte zum Kern aller Fragen sowie aller französischen Diskussionen über Europa

und Deutschland. Die gaullistische Machtfrage lautete, grob formuliert: Wer spricht für Deutschland in der Welt? De Gaulle schien von einer herausgehobenen Junioren-Rolle Deutschlands im Verhältnis zu anderen europäischen Festlandsstaaten auszugehen. Deutschland sollte zwar mächtiger sein als die anderen Festlandsstaaten, aber weniger als Frankreich. Manches erinnert an den Rheinbund. Seine Mitglieder erhielten alle protokollarischen Ränge, auf die sie einen Anspruch haben konnten. Sie mußten aber Frankreich über alle Pläne und Absichten vorab informieren, während Frankreich sie nachträglich über das informierte, was es entschieden hatte.

Deutschland sollte nur beschränkt privilegiert werden, weil es nach der von de Gaulle in seinen Pressekonferenzen wiederholt benutzten Formulierung nicht die Attribute einer Weltmacht hatte, über die Frankreich verfügte. Frankreich war Atommacht, gehörte nach seiner Vorstellung zu den Siegern des Zweiten Weltkrieges, vertrat eine originäre Weltkultur und konnte so ökonomisch auf Nachsorgepflichten für sein früheres Weltreich verweisen. Deutschland und Italien waren demgegenüber die „leider“ zu spät gekommenen jüngeren Nationen. De Gaulle hat für seinen eigenen Bedarf die Geschichte noch einmal neu geschrieben und dürfte in der Tat gehofft haben, damit noch politische Wirkung in der jetzigen Situation zu erzielen.

Gehler:

Noch einmal zurück zur Entscheidung von Luxemburg 1966. Wie haben Sie diese damals, als engster Mitarbeiter Hallsteins, empfunden?

Karl-Heinz Narjes:

Luxemburg war ein Rückschlag für die europäische Integrationspolitik, weil mit diesem sogenannten Kompromiß die klassische, supranational ausgerichtete Integrationspolitik einen herben Dämpfer erhielt. Der Rückschlag begann mit der Politik des „leeren Stuhls“. Hallstein fuhr – soweit es seine Selbstbeherrschung überhaupt zuließ – wütend in den Urlaub und überließ die Geschäfte seinem Kabinett.

Interessant war die Wirkung des „leeren Stuhls“ in den verschiedenen Hauptstädten und auf die Besucher. Monnet suchte herauszufinden, ob die von der Kommission betriebenen Veränderungen unannehmbar große

Schritte ausgelöst haben, die durch eine gestaffelte zeitliche Teilung korrigierbar sind.

Heath wollte den vorhergehenden Entscheidungsprozeß und die mit ihm verknüpften Kommunikationsmängel analysieren: Wer hat wen nicht rechtzeitig über was unterrichtet?

Gehler:

Lag die Wurzel für diese Entfremdung und Fehlentwicklung in einem übertriebenen integrationspolitischen Idealismus begründet? Trat diese nicht schon früher ein, als im Jahr 1964, wo Sie von der Bruchstelle sprachen, z.B. bei der Regelung der Zugeständnisse, die Couve de Murville scheinbar machte? Der deutsch-französische Vertrag von 1963 war doch schon ein Ausdruck von Bilateralismus.

Karl-Heinz Narjes:

Jede Antwort berührt natürlich den ganzen Prozeß der Einigung Europas. Wie organisiert Europa seinen Weg zur „finalité politique“? Einige einfache Wege waren inzwischen arg verstopft. Es schien aber nicht ausgeschlossen zu sein, eine europäische Gemeinschaft über die wirtschaftlichen Errungenschaften hinaus, in einen schrittweisen politischen Prozeß zu führen. Die bilateralen Aspekte waren 1963 aufgrund der von de Gaulle und Adenauer genutzten Berlin-Krise keine zwangsläufige Hinwendung zum intergouvernementalen Europa.

De Gaulles politische Kraft reichte zu einer epochalen Veränderung des europäischen Prozesses nicht aus.

Gehler:

Verliert Frankreich mit Adenauers Abgang den Glauben an die Verlässlichkeit der deutschen Politik? Ist damit ein Stabilitätsfaktor entfallen?

Karl-Heinz Narjes:

Deutschland hatte nach Adenauers Abgang in relativ kurzer Zeit drei Bundeskanzler, die unterschiedlich auf die Westbeziehungen einwirkten. Kalkulierbarkeit und Stetigkeit ist in Bezug auf Frankreich erst mit der Kon-

stellation Schmidt – Giscard d’Estaing wieder eingetreten. Deutschland war in diesen Jahren wohl nicht immer kalkulierbar.

Gehler:

Es gibt einen Widerspruch. Sie sagten einmal in einem Vorgespräch: „Wir haben gerätselt, was beginnt de Gaulle zuerst zu zerstören, die NATO oder die EWG?“ Und weiter: „Möglicherweise zuerst die NATO und dann die EWG“. Nun wäre ja mit einer Destruktion der NATO oder/und der EWG auch ein Mittel zur Kontrolle Deutschlands entfallen. Wie hätte sich de Gaulle das vorgestellt, Deutschland einzurahmen wenn nicht via EWG und NATO?

Karl-Heinz Narjes:

Letzte Antworten sind unbekannt geblieben, weil de Gaulle keine umfassende und hinreichend präzise Gesamtkonzeption hinterlassen hat. De Gaulles Absichten, die er in einer Rundfunkrede im April 1965 – schon in Hinblick auf seinen Wahlkampf am Ende dieses Jahres – formuliert hat, ergaben kein schlüssiges Bild.

Gehler:

War de Gaulle eine tickende Zeitbombe für den Integrationsprozeß?

Karl-Heinz Narjes:

Ja insoweit, als er die Institutionen der Gründungsverträge ändern und sie zu Instrumenten der französischen Politik umgestalten wollte und konnte. Im Übrigen wollte er den europäischen Einigungsprozeß meines Erachtens nicht zerstören.

Gehler:

Das heißt, er wollte dieser EWG die Zähne ziehen?

Karl-Heinz Narjes:

Ja, er wollte das, was in den Verträgen institutionell nicht seinen Vorstellungen entsprach, eliminieren.

Gehler:

So gesehen muß ja Walter Hallstein ein Riesendorn im Auge Charles de Gaulles gewesen sein.

Karl-Heinz Narjes:

„Riesendorn“? Nein. Er respektierte sogar den „kleinen Professor“. In seinem Nachlaß befanden sich die Memoiren de Gaulles mit einer handschriftlichen Widmung für Hallstein, die sich von den sonst von ihm gebrauchten Widmungen, deutlich abhob. Ich habe sie persönlich nicht gesehen und weiß auch nicht, wo Hallsteins Exemplar der Memoiren de Gaulles schließlich geblieben ist.

Gehler:

Könnten Sie versuchen, Hallstein zu charakterisieren?

Karl-Heinz Narjes:

Er war wesentlich mehr als ein deutscher Professor im herkömmlichen Sinne, er war ein europäischer Staatsmann, dessen abschließende Würdigung durch die Geschichte noch aussteht. Seine herausragende Intelligenz, seine Zielstrebigkeit und sein Urteilsvermögen zu würdigen, ginge weit über den Rahmen dieses Dokumentes hinaus. Er wußte sehr genau, Privates von Dienstlichem zu unterscheiden. Er war auch der Mann der unaufdringlichen, eher stillen Solidarität, konnte herzlich lachen und war treu zu seinen Freunden. Ferner war er ein Liebhaber der Kunst, unter seinen kulturellen Präferenzen darf die intime Kenntnis und Liebe zu Skulpturen von Riemenschneider bis Manzû nicht vergessen werden. Schließlich haben die Reservistenjahre Hallsteins bei der Deutschen Wehrmacht bis hin zum Leutnant im Stabe des Artilleriekommandeurs von Cherbourg prägende Spuren hinterlassen.

Gehler:

Zu den Fusionsverträgen: wie sind diese zustande gekommen und eigentlich zu verstehen? 1965 werden sie unterschrieben, 1967 treten sie in Kraft. Während einer Krise, die durch die Politik des „leeren Stuhls“ hervorgerufen wurde. Was waren die Motive und die treibenden Kräfte? Aus de

Gaulle'scher Sicht mußten ja theoretisch drei Kommissionen, Ministerräte und Gerichtshöfe wunderbar sein, im Sinne eines Intergouvernementalismus im institutionellen Bereich. War die Fusion nicht eine Sache der Supranationalitätsbefürworter?

Karl-Heinz Narjes:

Der Fusionsvertrag von 1965/67 führte zu einer überfälligen institutionellen Bereinigung ohne grundlegenden Wandel. Vielleicht war die französische Zustimmung als eine Geste der Wiedergutmachung der Europäer in der Gemeinschaft gedacht. Auf die Veränderungen bei den ständigen Vertretern, den COREPERs, habe ich bereits hingewiesen.

Gehler:

Sie sind ja gegen Ende der 1960er Jahre Leiter der Generaldirektion für Presse und Information bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewesen. Was haben Sie von dieser Zeit mitgenommen?

Karl-Heinz Narjes:

Ich war mit dieser Aufgabe 1968 und 1969 betraut, bis ich als Landesminister nach Schleswig-Holstein ging. Aus dieser Tätigkeit habe ich viel gelernt, vor allen Dingen über die Mängel der Selbstdarstellung der Gemeinschaften und die sehr großen Schwierigkeiten der europäischen Exekutive, ihr Bild der Integration gegen die Mitgliedsstaaten durchzusetzen.

Mein zuständiger Kommissar war damals der bemerkenswerte und europapolitisch engagierte Albert Coppé, Professor in Leuven. Vorher war er Vizepräsident der Monatunion.

Gehler:

Sie waren der engste Mitarbeiter und Vertraute von Walter Hallstein. Könnten sie über die 1960er Jahre ein integrationspolitisches Urteil fällen über eine Gemeinschaft, die im Aufbau und gleichzeitig in der Krise war. Ist das eingetreten, was man sich erwartet hat, hätte man mehr erreichen können?

Karl-Heinz Narjes:

Erstens: Ende der 1960er Jahre war die Anfangskonzeption hinreichend konsolidiert, obwohl die Gemeinschaft sich aus vielen Gründen anders entwickelt hatte als ursprünglich erwartet wurde. Die Strukturen der Gemeinschaft haben sich als lebensfähig und resistent erwiesen. Sie haben die Gemeinschaft hinreichend autonom gegenüber den Mitgliedsstaaten erhalten können. Man sollte nicht vergessen, daß der nachhaltigste institutionelle Gegner der Gemeinschaft Charles de Gaulle war, der sein nationales Amt nur etwa hundert Tage nach dem Inkrafttreten der Römischen Verträge angetreten hatte. Zweitens: Ich würde gern von einem Abwehrerfolg der Gemeinschaft gegen de Gaulle sprechen, der seinen Höhepunkt in der Zeit des „leeren Stuhls“ erreicht hatte. Die politische Konstellation der „Nicht-Gaullistischen-Fünf“ war für den Erfolg der Verteidigung der Gemeinschaftskonstitution sehr günstig. Drittens: Die Einstellung de Gaulles gegenüber Deutschland und der Gemeinschaft hat sich in den 1960er Jahren spürbar verändert. Er schien am Ende der Ära Adenauer angenommen zu haben, über das deutsche Potential mitbestimmen zu können. Diese Annahme wurde spätestens durch die 1968er Ereignisse fundamental korrigiert. Viertens: Auch die amerikanische Einstellung zur europäischen Integration wandelte sich in den 1960er Jahren. Die Ära Eisenhower und Dulles – die an Acheson anknüpfte – war durch die weniger klare Haltung Kennedys abgelöst worden. Europapolitisch war sie kalkulierbar, solange die Einstellung zur europäischen Integration in der festen Hand des stellvertretenden Außenministers George Ball blieb. Sichtbarster Ausdruck war die durch Ball möglich gewordene Kennedy-Runde. Sie war der erste Auftritt der EWG im Forum der Weltwirtschaft.

Wenn man berücksichtigt, daß die 1960er Jahre mit dem Gipfeltreffen in Den Haag endeten, so sehe ich kaum, wie man realistischerweise mehr Integration hätte erreichen können.

In dieser Sicht bleiben die Auswirkungen des Vietnam-Konfliktes in der Sowjetunion und im Ostblock zunächst unberücksichtigt.

Gehler:

Sie haben den Weg skizziert zum Haager Gipfel, der mit spezifisch französischen Überlegungen zusammenhängt. Es war ein Gipfel, der die Weichen gestellt hat für eine neue Vertiefung, aber auch den Blick auf eine Erweiterung der Gemeinschaft gerichtet hat.

Karl-Heinz Narjes:

Die Fragestellung ist, wenn ich mich recht erinnere, im All Souls College in Oxford herausgearbeitet worden. Man wollte mit der Scheinoption: Erweiterung oder Vertiefung so viel Sprengstoff in die Gemeinschaft bringen, daß sie ihre Vertiefung vernachlässigt. Das hat auch längere Zeit gewirkt. Manche Regierungen schienen froh zu sein, wenn sie unter Hinweis auf diese Fragestellung unklare eigene Positionen verschieben oder verdecken konnten. Mit der Betonung dieser Fragestellung wollten „britische Freunde“ die spätere Entwicklung vorwegnehmen und Entscheidungen über Vertiefung verhindern, zumindest aber verwässern.

Gehler:

Die Außenwahrnehmung der Europäischen Gemeinschaft aus Sicht der USA und der Sowjetunion hat sich verschoben in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Das berührt die grundsätzliche Frage, wie weit das sich abzeichnende globale Arrangement zwischen den Supermächten Rückwirkung auf den Integrationsprozeß hatte. Es gibt die These, so lange der Ost-West-Konflikt starke Konturen besaß, profitierte der europäische Integrationsprozeß davon, während umgekehrt im Kontext der Entspannungspolitik auch die sogenannte Eurosklerose eine Folge gewesen sei. Würden Sie dieser Dialektik etwas abgewinnen können?

Karl-Heinz Narjes:

Die Eurosklerose sollte man immer auch im Zusammenhang mit den später deutlicher werdenden Mängeln der europäischen Wirtschaftspolitik sehen, insbesondere mit der großen Schwierigkeit, den Binnenprotektionismus erfolgreich zu beseitigen.

Die Zusammenhänge von politischer und wirtschaftlicher Entwicklung über Europa hinaus wurden damals eingehend diskutiert. Die Gespräche knüpfen aber meiner Erinnerung nach eher punktuell an einzelne Ereignisse an, durchgreifende Konzeptionsalternativen traten eher zurück. Ich denke an die wirtschaftlichen Folgen der Beendigung des Vietnam-Krieges, an die Dollarabwertung und die Dollarkrise, an die sich abzeichnende Ölkrise sowie an die nicht abgestimmten Reaktionen auf Inflationsfurcht und Wachstumsschwäche. Ich erinnere mich noch daran, daß der Finanzminister O'Connally für einige Monate sogar ein Preisüberwachungs- und Kontrollsystem eingeführt hatte.

Die Sowjetunion trat nach meiner Erinnerung nicht so sichtbar in Erscheinung wie man es bei ihrem Potential hätte vermuten können. Erst 1969 lernte ich eine sowjetische Wissenschaftlerin kennen, die sich intensiv um die EWG kümmerte und über sie auch eine Gesamtdarstellung verfaßt hat.

Gehler:

Kann man aus Ihrer Antwort den Schluß ziehen, daß die weltwirtschaftlichen Konstellationen, der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und die Ölkrise stärkere Auswirkungen auf den Integrationsprozeß hatten, als der Kalte Krieg in seiner politischen Dimension?

Karl-Heinz Narjes:

Die zwei Arten der politischen und ökonomischen Einwirkungen auf den Integrationsprozeß lassen sich nur schwer vergleichen. Gemeinsam ist ihnen wohl die Feststellung, daß sie im Zusammenhang der 1970er Jahre zu einer tiefen wirtschaftlichen Verunsicherung des ganzen Westens beigetragen haben. Sie haben den Abstimmungsbedarf ausgelöst, den die Gipfelkonferenzen der wirtschaftspolitischen major player beheben sollten.

Die Mängel der wirtschaftlichen Entwicklung der Gemeinschaft traten erkennbar hervor; zugleich aber auch die Unzulänglichkeit der vorhandenen Instrumente. In dieser Phase erscheint die allgemeine Ratlosigkeit, die als „Eurosklrose“ in die Geschichte eingegangen ist.

Die Schwierigkeiten der damaligen Lage, die nicht zuletzt auch durch die beharrliche Suche nach nationalen Lösungen und Antworten auf konti-

nentweite oder weltweite Ereignisse gekennzeichnet waren, wurden auch deutlich durch das Schicksal der europäischen wirtschafts- und währungs-politischen Ansätze, die in Den Haag beschlossen waren.

Der Nutzen der Ölkrise dürfte nicht zuletzt in der drastischen Ernüchterung liegen, die mit ihren Auswirkungen verbunden waren. Innerhalb der EWG gab der Gerichtshof das erste durchgreifende Signal für eine radikale Änderung der Gemeinschaft. Hinter der sehr technisch klingenden Entscheidung über den Marktzugang von „Cassis de Dijon“ verbarg sich ein prinzipieller Paradigmenwechsel für die Überwindung des Binnenprotektionismus.

Gehler:

Wer hatte beim „Cassis de Dijon“ eigentlich Probleme gemacht? In welchem Zusammenhang stand damit die Beseitigung der „Eurosclerose“?

Karl-Heinz Narjes:

Die Väter des Vertrages hatten geglaubt, mit einer klassischen Zollunion auch einen Binnenmarkt geschaffen zu haben. Von dieser Vorstellung ausgehend waren die Instrumente der EWG gebildet worden. Tatsächlich blieben große Teile des Liberalisierungszieles unerfüllt und scheinbar unerreichbar. Der Binnenzollprotektionismus, den die Väter des Vertrages abgeschafft hatten, war inzwischen durch einen administrativen Protektionismus ersetzt worden, der in seiner Raffinesse und Intransparenz große Probleme auslöste und die Gemeinschaftsbildung unterlief. „Cassis de Dijon“ brachte den notwendigen Anstoß für eine konsequente Entwicklung eines kontinentweiten wirklichen Binnenmarktes.

Die Regierungen haben Mitte der 1980er Jahre dieses Ziel unterstützt und in der Einheitlichen Europäischen Akte die notwendigen Entscheidungen getroffen. „Binnenmarkt 1992“ war das Schlagwort für diesen neuen, die Sklerose überwindenden Ansatz; leider ist er aber bis heute noch nicht verwirklicht. Die Lobbygruppen haben sich inzwischen auf die neue Lage eingestellt und den hundertprozentigen Erfolg vor allen Dingen im Bereich der Dienstleistungen verhindert.

Gehler:

Hat die EG zehn Jahre gebraucht, um den britischen Beitritt zu verkraften, um erst zehn Jahre später eine neue „relance européenne“ in Gang zu bringen?

Karl-Heinz Narjes:

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß der Beitritt Großbritanniens sowie Irlands und Dänemarks eine große Bewährung der Gemeinschaftspolitik der Kommission bedeutete. Es wurde während dieser Verhandlungen der Begriff des „acquis communautaire“ durchgesetzt. Er bedeutet die Verweigerung von Neuverhandlungen über Einzelregelungen und die Verpflichtung zu en bloc-Übernahme des Sekundärrechts durch die Beitrittskandidaten. Ohne diese, seit dem ersten Beitritt durchgesetzte Regel, wäre die Gemeinschaft heute nicht in der Lage, die Mitgliederzahl auf derzeit 25 Staaten zu bewältigen.

Der *acquis communautaire* bleibt aber, wie von allen Seiten dargestellt wird, bei nahezu 80.000 Seiten Sekundärrecht ein noch nicht abschließend geregeltes *Procedere*. Mir schwebte – angesichts der damaligen Dominanz der Agrarregelungen – bei meinem Ausscheiden vor, zu einer radikalen Vereinfachung und Kürzung des Sekundärrechts zu kommen.

Zugleich sollte nicht vergessen werden, in welchem Umfang sich die 1970er Jahre – insbesondere nach dem englischen Beitritt – als eine Periode der intensiven Suche nach Neuorientierungen erwiesen und zwar sowohl politisch wie auch wirtschaftlich. Es wechselten die Persönlichkeiten von George Pompidou zu Valéry Giscard d’Estaing in Frankreich, von Willy Brandt zu Helmut Schmidt in Deutschland, von Edward Heath zu Harold Wilson in Großbritannien. Das Ende des Vietnamkrieges und die permanenten Spannungen – mit und ohne Öl – gehörten ebenso zum neuen Umfeld wie der Tod Francos, die portugiesische Revolution und das allmählich sichtbar werdende Ende der Kulturrevolution in China. Letzteres führte dazu, daß der für die Handelspolitik zuständige Christopher Soames 1975 ein erstes Handelsabkommen mit der Volkrepublik China schloß.

Um den Suchprozeß der damaligen Zeit zu illustrieren, kann die Erinnerung an ein Seminar hilfreich sein, daß damals über die mögliche Entwicklung der 1970er Jahre von einem Londoner think tank veranstaltet wurde. Nach meiner Erinnerung wurden etwa acht bis zehn mögliche Wege aufgezeigt, tatsächlich waren am 1. Januar 1970 bereits alle Optionen hinfällig geworden.

Hinzu kam das Fehlen einer annähernd übereinstimmenden wirtschaftspolitischen Grundauffassung der Mitgliedsstaaten, was in der Ölpreisdiskussion sichtbar wurde. Mitgliedsstaaten mit inflationärer und verantwortungsloser Wirtschaftspolitik widersprachen der realistischen Lagebeurteilung wie sie in Deutschland versucht wurde.

Die Karten für eine relance européenne waren also schlecht verteilt. Den politisch nachhaltigsten Widerstand leistete wohl das Großbritannien nach der Abwahl von Heath.

Gehler:

War dann nicht aufgrund dieser britischen Position unterschiedlicher Währungspolitiken der Werner-Plan mit einer Wirtschafts- und Währungsunion unreal?

Karl-Heinz Narjes:

In der Tat: Die Ereignisse 1973/74 hatten bereits die Ausgangsposition einiger Beschlüsse des Gipfels von Den Haag überholt. Der Werner-Plan wäre allenfalls nur realisierbar gewesen, wenn ein handlungsfähiger Heath noch weitere fünf Jahre im Amt geblieben wäre. Heath hätte es akzeptiert und vielleicht auch durchsetzen können. Ohne Heath gab es keine Chance.

Gehler:

Es wird ja auch argumentiert, daß der Plan von Werner, der ein eigenes Komitee mit Währungs- und Finanzexperten aus verschiedenen Ländern Europas leitete, an den widrigen konjunkturellen und wirtschaftlichen Zeitumständen gescheitert sei.

Karl-Heinz Narjes:

Das ist richtig, aber theoretisch nicht zwingend, wenn man einen politischen Willen der Mitgliedsstaaten zu einer schnellen Korrektur der offenkundigen Mängel hätte unterstellen können. Um die Voraussetzungen für eine politische Gesamtlösung zu schaffen, hatten die Staats- und Regierungschefs zunächst den belgischen Ministerpräsident Tindemans um einen Bericht gebeten.

Für eine solidere währungspolitische Grundlage sollte das von Giscard, Schmidt und Jenkins durchgesetzte EWS-System sorgen.

Gehler:

Der Terrorismus hat die Staaten in eine instabile Situation manövriert. Das darf man nicht vergessen. Es war eine Phase innerer Beunruhigung für die europäischen Länder notwendig. Wir hatten jedoch auf der anderen Seite eine Entspannung, was die Außenentwicklung angeht, im KSZE-Prozeß die Schlußakte von Helsinki. Waren diese Prozesse förderlich oder hinderlich für den Integrationsprozeß? Dies wirft die Grundsatzfrage auf, wie weit Kalter Krieg und der Ost-West-Konflikt den westeuropäischen Integrationsprozeß beeinflussten. Gab es Ihrer Ansicht nach hier eine Wechselwirkung?

Karl-Heinz Narjes:

Ich habe kein abschließendes Urteil. Manches wird erst nach Veröffentlichung aller Akten zu beurteilen sein. Sicherlich ist die politische Großwetterlage der Stimmungen und Erwartungen in allen Ländern des Ostblocks durch den Integrationsprozeß beeinflusst worden. Man wollte nicht von der Entwicklung in Westeuropa abgehängt oder deklassiert werden.

Die russische Besetzung Afghanistans war jedenfalls ein schwerwiegender Rückschlag für alle, die sich auf eine gewisse Kontinuität des Entspannungsprozesses eingestellt hatten. Die Entwicklung der Machtverhältnisse in Moskau wurde wieder weniger transparent und kaum berechenbar. Eine gewisse Bedeutung habe ich damals auch der akademischen Rekrutierung des KGB zugemessen. 90% des Führungspersonals sollen eine akademische Ausbildung gehabt haben. Ich habe mich damals darum bemüht, die

Wirkung dieser Personalentwicklung zu beobachten. Auch Gorbatschow ist ein Produkt dieser Entwicklung, die wohl entscheidend von Jurij Andropow in Gang gesetzt worden war.

Gehler:

Es setzt aufgrund der Afghanistan-Intervention wieder eine Verhärtung der Fronten zwischen Ost und West ein. Ronald Reagan profiliert den Gegensatz zur Sowjetunion. Erfährt in dieser Phase das Binnenmarktkonzept, die Lancierung der neuen Integrationspolitik einen An Schub?

Karl-Heinz Narjes:

Manches verläuft zeitgleich ohne erkennbare Wirkungszusammenhänge. Die Kommission Thorn, in der ich seit Winter 1980/81 zuständig war, konnte zunächst an das oben erwähnte Cassis de Dijon-Urteil anknüpfen, um den Kampf gegen den administrativen Binnenprotektionismus methodisch umfassend und möglichst schnell zu beginnen.

Gehler:

Kommen wir zu den ersten Direktwahlen des Europaparlaments im Jahre 1979. Welche Wirkungen hatten sie auf das Gemeinschaftsgefüge?

Karl-Heinz Narjes:

Die erste Folge war eine positive Erwartungshaltung. Viele Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten hatten Verbindungen zum öffentlichen Auftragswesen und hofften auf eine Weiterführung ihrer Gewohnheiten im europäischen Rahmen. Andere schienen auf europäische Forschungsinitiativen und Rüstungsaufträge zu setzen. Sie wollten europäische Ziele erreichen und warben für europäisches Geld. Sie wurden vielfach enttäuscht, auch weil sie den mittel- und langfristigen Nutzen des Abbaus von Binnengrenzen nicht immer voll zu erkennen vermochten. Sie haben sich dann bei der nächsten Wahl 1984 nicht mehr um ein Mandat bemüht.

Auch wurde der gemeinschaftliche Nutzen des Esprit-Programms zunächst nicht immer voll gewürdigt.

Man darf auch nicht übersehen, daß die mittelfristige Entwicklung des Binnenmarktes ohne die Direktwahlen nicht so zügig möglich gewesen wäre.

Sie führte schon Ende der 1980er Jahre dazu, die Konkurrenzsituation zwischen nationalen und europäischen Gesetzgebern näher zu prüfen.

Bei alledem waren die nationalen Ausgangspositionen sehr unterschiedlich, und es erforderte viele Jahre, um sie in der Praxis anzunähern.

Gehler:

Es gab ja damals auch den bösen Witz, der in Deutschland kursierte: „Hast Du einen Opa, dann schick ihn nach Europa“.

Karl-Heinz Narjes:

Ja, das stand in einem Bericht des „Spiegel“ über eine Versammlung der Jungen Union. Sie wollte natürlich möglichst viele junge Leute in die Wahllisten hineinkooptieren. Der Slogan hat sich bis heute gehalten, weil er – ziemlich weit entfernt von der Realität – die eigentlichen Probleme verdrängt. Der Slogan ist aber auch ungerecht gegenüber den älteren Persönlichkeiten wie Alfons Goppel und Kai-Uwe von Hassel, Willy Brandt und Heinz Kühn in Deutschland gewesen, aber auch gegenüber Giscard d'Estaing und Rocard in Frankreich sowie Emilio Colombo und Leo Tindemans – um nur einige zu nennen.

Gehler:

Die transnationale Parteienkooperation für die 1950er und 1960er Jahre wird von der Geschichtsschreibung eher niedrig gehängt. Welchen Einfluß hatten politische Parteien auf den Integrationsprozeß überhaupt? Haben sie durch die Parlamentarisierung und partielle Demokratisierung der Gemeinschaft sowie durch die Direktwahlen an Gewicht gewonnen?

Karl-Heinz Narjes:

Ein recht komplizierter Sachverhalt. Wir haben lernen müssen, daß das Wort Partei in jedem Mitgliedstaat in der Praxis anders interpretiert wird. Die typische deutsche Partei mit geschlossenem Apparat, Generalsekretär, geordneten Finanzen und Aufstellung von Kandidaten nach strengen Regeln gab es in Frankreich und Italien nur bei einigen Linksparteien.

Die Praxis, die Abgeordneten transnational im Europäischen Parlament in größeren homogenen Gruppen zusammen zu schließen, hat sich als sehr

nützlich erwiesen. Ohne diese Zusammenfassung, namentlich der Abgeordneten aus den Parteien der Mitte, hätten wir den nationalen Regierungen keinen erfolgreichen Widerstand leisten können. Die verhandelnden Beamten hatten ihre Vorstellungen über die weitere institutionelle Entwicklung nach Maastricht und Amsterdam nach dem ausgerichtet, was sie nach ihren nationalen Erfahrungen für wahrscheinlich hielten. Tatsächlich gelang es aber den beiden Fraktionschefs der Mitte, Rudi Arndt für die Sozialisten und Egon Klepsch für die Christen und Konservativen, eine Absprache über eine faktische Koalition zu treffen. Da es darauf ankam, die Präsenz der Abgeordneten bei den Abstimmungen sicherzustellen, wurden die Verfahrensregeln für die Fraktionsdisziplin erfolgreich verschärft.

Gehler:

Wann wird in der Wertschätzung der europäischen Öffentlichkeiten ein Europaparlamentarier mehr zählen, mehr Gewicht haben, als ein Vertreter im nationalen Parlament?

Karl-Heinz Narjes:

Das ist eine wichtige Frage. Da sich die Befugnisse des Europäischen Parlamentes nur langsam und schrittweise entwickeln, ja erkämpft werden müssen, wird auch die Wertschätzung des europäischen Abgeordneten nur allmählich vorankommen.

Sobald die Parlamentarier mehrfach vernünftigeren Lösungen als die nationalen Politiker anbieten, wird die Wertschätzung schneller steigen. Die große Unbekannte dieser Entwicklung liegt in der institutionellen Entwicklung der Europäischen Union. Solange sie nicht den Durchbruch für die parlamentarische und demokratische Kontrolle der Außen- und Sicherheitspolitik schafft, dominieren Übergangs- und Behelfslösungen.

Gehler:

Wie weit waren die ersten Wahlen zum Europaparlament im Juni 1979 für Ihr Bestreben, die „Eurosclerose-Debatte“ anzuheizen, günstig?

Karl-Heinz Narjes:

Wie schon erwähnt brachten die Europawahlen neue Erwartungen, aber auch Abgeordnete mit anderem Hintergrund und anderem Verständnis von problembezogener Wirtschaftspolitik. Die Kontakte mit ihnen waren überaus nützlich und zielführend. Ich denke dabei an den Zusammenschluß interessierter und sachkundiger Parlamentarier in der sogenannten Kangaroo-Group. Unter ihnen waren der britische konservative Basil de Ferranti, Karl von Wogau von der CDU und Dieter Rogalla von der SPD. Ähnliche Gruppen gab es bei den Spitzenbeamten aus verschiedenen Delegationen und aus der Kommission, die sich regelmäßig trafen. Heute würde man von erfolgreichem networking sprechen.

Gehler:

Sie würden aus historischer Sicht sagen, es hat geholfen, daß es zu einer stärkeren Parlamentarisierung kam?

Karl-Heinz Narjes:

Es hat geholfen, auf jeden Fall. Es wurde allen klar, was mit entschlossenen, zielbewußten Handlungen möglich ist und zum anderen wurde überdeutlich, wo die Hindernisse und Schwierigkeiten lagen.

Gehler:

Sind im Kontext der Intervention der Sowjetunion in Afghanistan auch rüstungsspezifische Erwartungen geweckt und dann enttäuscht worden?

Karl-Heinz Narjes:

Die volle Beantwortung ist ohne ein Studium der nationalen Akten kaum möglich. Ich erinnere mich deutlich an das Bestreben, ein System europäischer Rüstungsanbieter auf die Beine zu stellen. Auch im Zusammenhang mit der Airbus-Entwicklung. One-way-street-Lösungen wurden immer wieder abgelehnt. Die amerikanischen Freunde waren theoretisch oft bereit, fair zu beschaffen, konnten aber tatsächlich nur selten europäische Produkte kaufen.

Die Schwierigkeiten lagen immer in der von den Lobbys beherrschten „Beschaffungsrealität“ des Amerikanischen Kongresses. Der Unmut der Europäer über ihre Diskriminierung in der NATO war sehr groß.

Die langfristige Wirkung von Afghanistan sollte man in den verstärkten Impulsen suchen, die für eine europäische politische Lösung von Verteidigung und Sicherheit ausgegangen sind.

Gehler:

Sie galten als Europa-erfahrener Mann. 1981 im Januar kehren Sie nach Brüssel zurück. Können Sie schildern, wie es dazu gekommen ist?

Karl-Heinz Narjes:

Ich war Mitglied des Bundestages und wurde von Helmut Kohl vorgeschlagen. Mit der Ernennung wurde die frühere Praxis wieder hergestellt, die beiden deutschen Kommissare jeweils aus Regierung und Opposition zu rekrutieren. Wilhelm Haferkamp, auf Vorschlag der SPD schon 1967 ernannt, war inzwischen Vizepräsident und ein Mitglied mit deutlicher Seniorität. Wir hatten ein enges und sehr freundschaftliches und relativ problemloses Verhältnis, weil Haferkamp ein überzeugter Integrationseuropäer mit liberaler wirtschaftlicher Grundauffassung war. Schwierigkeiten haben sich vor allem in den acht Jahren davor ereignet, weil qualifizierte höhere Beamte sich zurückgesetzt oder – der CDU zugerechnet – übergangen fühlten.

Meine Linie war: Jeder qualitativ geeignete Mann ist willkommen, der auf dem Boden der europäischen Integration steht und sich von der sozialen Marktwirtschaft getragen weiß.

Gehler:

Sie übernehmen 1981 die Funktion als Kommissar, finden aber eine andere Kommission vor als die, die Sie unter Hallstein verlassen hatten. Hatte unter Italienern (Malfatti), Franzosen (Ortoli) und Briten (Jenkins) ein schleichernder Intergouvernementalisierungsprozeß eingesetzt? Mußte die Kommission sozusagen wieder auf Supranationalisierungs-„Vordermann“ gebracht werden?

Karl-Heinz Narjes:

Der Tendenz nach ist das richtig. Gefährdungen solcher Art gab es reichlich, zum Teil waren sie das Ergebnis bewußter Verwässerungspolitik aus einigen Hauptstädten.

1981 war aber auch das Jahr des Beginns der nächsten Erweiterungsrunde im Mittelmeer. Die Griechen standen bereits vor der Tür. Über den Zugang der Spanier und Portugiesen sollte die Kommission Thorn, zu der ich damals gehörte, die Beitrittsverträge verhandeln. Wir steuerten also die Gemeinschaft der „Zwölf“ an.

Es ist aber auch richtig, daß bei dieser Erweiterungsrunde intergouvernementale Elemente des Institutionenaufbaus und der institutionellen Praxis selten vertieft und kaum entschieden wurden. Es war die Zeit der politischen Genscher-Colombo-Initiative, auf deren Schwierigkeiten hier verwiesen werden kann.

Die Hindernisse für eine Integrationsrenaissance waren damals überwiegend von Großbritannien aufgebaut worden, deren Premierministerin inzwischen Margret Thatcher geworden war.

In Frankreich hatte Giscard seine angestrebte Wiederwahl verloren, der Nachfolger Mitterrand begann zunächst mit einer Koalitionsregierung, in der die kommunistische Partei beteiligt war. Auch diese Entwicklung störte für einige Zeit den Integrationsprozeß.

Schließlich darf der Falklandkrieg und seine vielfältigen Wirkungen nicht übersehen werden; sie betrafen pragmatisch vor allem die Haushaltsregelung der Gemeinschaftsentwicklung mit den berühmt-berüchtigten Worten von Margret Thatcher: „I want my money back!“ Dies war für viele Jahre ein Stichwort der Diskussion über die Verwässerung der Gemeinschaft.

Gehler:

1985 sind Sie in der Kommission zuständig für Binnenmarkt (Zollunion), industrielle Innovation, Umwelt, Verbraucherfragen und nukleare Sicherheit. Die „Zeit“ hat damals etwas gelästert und von einem „Kraut- und Rübenressort“ gesprochen. War man in der „Zeit“ nicht auf der Höhe der Zeit?

Karl-Heinz Narjes:

Das Lästern der „Zeit“ beruht auf einer Verkennung meiner Absichten und Erfolgsmöglichkeiten, die von dem Wunsch diktiert waren, so viele Rechtsangleichungskompetenzen wie erreichbar bei mir zusammenzufassen, denn der Binnenmarkt – mein politisches Hauptziel – bestand praktisch im Abbau aller Binnenhandelshemmnisse und in einem entschiedenen sowie schnellen Kampf gegen den Binnenprotektionismus, ohne den die Gemeinschaft aus ihrer Sklerose nicht herausgekommen wäre. Jede Bündelung von Zuständigkeiten und Erweiterung von politischen In-Sich-Geschäften ermöglichte damit ein umfassendes Binnenmarktkonzept.

Angesichts der Europaskepsis von Frau Thatcher verbot es sich selbstverständlich, diese Aspekte öffentlich zu diskutieren.

Gehler:

Zu Ihrer schon einmal geäußerten Skepsis oder Ihrem Mißtrauen den Historikern gegenüber, was Integrationsgeschichtsschreibung angeht, könnten Sie das auf den Punkt bringen?

Karl-Heinz Narjes:

Dahinter stehen vielfältige Erfahrungen. Die Historiker haben es zunehmend schwerer, mit den juristischen, ökonomischen und betriebswirtschaftlichen Aspekten der mit der Integration verbundenen Gründung eines kontinentweiten Binnenmarktes fertig zu werden. Außerdem brachte es der zunehmend multilaterale Stil der Verhandlungen nicht nur mit sich, daß die berühmten Nachtsitzungen zahlenmäßig zunehmen mußten, sondern auch anders vorbereitet waren, als daß bei klassischen Verhandlungen üblich und notwendig war. Ich erinnere mich an das Ende solcher Sitzungen, in denen man von den späteren Historikern sprach: „Die armen Schweine, die unsere Papiere später einmal alle sortieren müssen.“ In der Tat dürften nur wenige Delegationen die umfassenden Aktenvorbereitungen gehabt haben, die man als roten Faden der historischen Auswertung hätte heranziehen können.

Gehler:

Die Zeitzeugengespräche haben aber den Vorteil, daß sie Dinge vermitteln, die nicht in den Akten stehen, Stimmungen, Einstellungen und Mentalitäten. Und dazu noch einmal zurück in die 1960er Jahre und zur Frage: Wie europäisch war Ihrer Ansicht nach die Hallstein-Kommission?

Karl-Heinz Narjes:

„La Commission Hallstein“ war unbestreitbar so integrationseuropäisch wie sie in den auch noch von Monnet inspirierten Gründungsverhandlungen der EWG beabsichtigt war. Die großen europäischen Stützen waren außer Hallstein: Hans von der Groeben, Sicco Mansholt und Jean Rey, Robert Marjolin aber auch Pietrilli und Malvestiti, die Luxemburger Rasquin und Lemaingnen waren schon etwas älter.

Die Leistung Hallsteins kann vor allem auch daran gemessen werden, wie weit es ihm gelang, Einheit und Geschlossenheit der Kommission in Krisensituationen zu bewahren. Die einzelnen Mitglieder sahen sich dabei sehr unterschiedlichen Einflüssen und Forderungen in ihren Hauptstädten ausgesetzt. Während Mansholt sehr nachdrücklich für eine Integrationspolitik eintrat, die nur weniger Rücksicht nahm auf die politischen Situationen in den einzelnen Hauptstädten, hatte Marjolin mit den gaullistischen Regierungen in Paris – und die begannen bereits hundert Tage nach dem Inkrafttreten der Römischen Verträge – wesentlich größere Schwierigkeiten. Dabei haben seine persönlichen Beziehungen – von Technokrat zu Technokrat – vielleicht eine größere Rolle gespielt als wir damals vermuten konnten. Seine Memoiren müßten dazu en detail ausgewertet werden.

Nach der Fusion der drei Gründungsgemeinschaften (in Kraft 1967) und in den 1970er Jahren änderten sich der Stil und der Zuschnitt der Kommissionen, bis zum Beitritt Großbritanniens. Nach 1973 waren Rey und Marjolin ausgeschieden.

Der eigentliche Einschnitt in der europäischen Orientierung der Kommission beginnt mit dem britischen Beitritt. Unter dem Kommissionspräsidenten François-Xavier Ortoli (1973-1977) wurde zwar der Wortlaut des Vertrages strikt erfüllt, konzeptionelle Vertiefungen waren hingegen eher die

Ausnahme, auch weil sich in der Kommission eine deutliche industriepolitische und eher dirigistische Tendenz entwickelt hatte. Der nächste Einschnitt war dann unter dem englischen Präsidenten Roy Jenkins (1977-1981) zu verzeichnen, ein liberaler Politiker aus Oxford. Jenkins hatte vor dem Hintergrund der Währungsprobleme der 1970er Jahre sein Augenmerk vor allem auf die währungspolitischen Schwierigkeiten gerichtet, die auch dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt am Herzen lagen und auch zur Gründung des EWS-Systems führten, ein Vorläufer der Währungsunion der 1990er Jahre.

In der politischen Orientierung waren in den 1970er Jahren zwei Ereignisse kennzeichnend: Der auf Anforderung der Staatsregierungschefs 1974 vorgelegte Bericht des damaligen belgischen Ministerpräsidenten Tindemans über die politische Entwicklung der Gemeinschaft, der alsbald in den Archiven verschwand, und die Entscheidung über die Direktwahlen zum europäischen Parlament, die 1979 zum ersten Mal stattfanden.

Auf Jenkins folgte dann der liberale luxemburgische Präsident Gaston Thorn (1981-1985), dessen Kommission ich angehörte. Er war ein engagierter Integrationseuropäer. Seine Kommission bereitete ihm teilweise Schwierigkeiten.

Nach der Präsidentschaft Thorn folgte die Präsidentschaft des Franzosen Delors (1985-1994), die in einer hervorragenden Konstellation mit dem Staatspräsidenten Frankreichs, Mitterrand, und dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl, Durchbrüche für das politische Europa erzielen bzw. einleiten konnte. Delors hatte einen untypischen französischen Werdegang über die Banque de France hinter sich und war bei uns in Brüssel zunächst als Mitglied des Europäischen Parlaments bekannt geworden und bald auch als französischer Finanzminister. Er war Sozialist des katholischen Arbeitnehmerlagers mit sehr großem Engagement. Ich habe keinen Politiker kennengelernt, der so bibelfest auch modernere Sozialthemen abhandelte wie Delors. Ich habe ihn von Anfang an nach Kräften unterstützt. Die großen Integrationsleistungen der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bis zum Gipfel von Maastricht werden mit seinem Namen verbunden sein.

Sein Nachfolger Jacques Santer, wiederum ein Vertreter aus Luxemburg, war wesentlich qualifizierter und integerer als er von den Medien gelegentlich dargestellt wurde. Mit der Ernennung Santer (1994-1999) und der dritten Erweiterungsrunde der Gemeinschaft verschärfte sich das Kommunikationsproblem der Kommission und ihrer Präsidenten mit der Öffentlichkeit und vor allem mit der Presse. Letztere neigte immer mehr dazu, die „Performance“ im Pressesaal – meist in englischer Sprache – als Erfolgskriterium herauszustellen. Überzeugende Lösungen für dieses Dilemma sind noch nicht gefunden. Der Pressesaal wird im Europa der 25 zunehmend durch das Europäische Parlament abgelöst werden müssen.

Gehler:

Wurde – wie gelegentlich gesagt wird – die französische Mißwirtschaft in der Kommission Santer zum Verhängnis?

Karl-Heinz Narjes:

Das erscheint mir eine zu einfache Zusammenfassung der Ereignisse um die frühere Premierministerin Edith Cresson zu sein. Das Verfahren ist – meines Wissens – noch nicht abgeschlossen und Jacques Santer hat sich durchaus korrekt und würdig verhalten.

Gehler:

Sie haben den großen Bogen gespannt von Hallstein bis Prodi und durchblicken lassen: Der Durchbruch kam mit Delors. Was hat sich verändert und dazu geführt, daß dieser große Sprung und die zweite „relance européenne“ nach 1954 so schwungvoll angegangen worden ist?

Karl-Heinz Narjes:

Wir tun gut daran, die Konstellation der handelnden Persönlichkeiten von den damals drängenden Sachfragen zu trennen.

Delors war der zweite Finanzminister des 1981 gewählten Staatspräsidenten Mitterrand. Als er sein Amt antrat, hatte Helmut Kohl gerade die Bundestagswahl gewonnen, die er nach seinem Amtsantritt angestrebt hatte. Mitterrand hat es sich schon wieder von seinem kommunistischen Koaliti-

onspartner getrennt. Alle drei waren zu einem konstruktiven und zügigen europäischen Fortschritt bereit.

In den Sachthemen beherrschte die „Eurosklerose-Misere“ die Stimmung und politische Leistungsbereitschaft. Großbritannien war durch den Falklandkrieg absorbiert. Für die anderen Partner konnte man an der Genscher-Colombo-Initiative die Möglichkeiten und Grenzen ihres europäischen Handlungswillens abgreifen.

Ein Angelpunkt der Eurosklerose waren die Schwierigkeiten und Unsicherheiten der konjunkturellen Lage, die sich vor allem aus dem Mangel einer einheitlichen Politik der Gemeinschaft ergaben. Der andere – mehr strukturelle – Angelpunkt der Sklerose-Kritik betraf die Schwierigkeit, unter den rechtlichen Gegebenheiten, die der Vertrag von Rom geschaffen hatte, das zu entwickeln, was das kontinentweite europäische Binnenmarktprojekt genannt hat, zu verwirklichen.

Ich habe dieses Projekt als meine Hauptaufgabe in der Kommission Thorn angesehen und hatte bei der Aufgabenverteilung in der Kommission das Glück, viele Zuständigkeiten zu erringen, die für die Verwirklichung des Binnenmarktes von größter Bedeutung waren. Der Zusammenhang dieser Zuständigkeiten mit dem Binnenmarkt wurde von außen zunächst nicht immer erkannt. Bei der Herstellung des europaweiten Binnenmarktes ging es um die Beseitigung zahlloser Hindernisse des Binnenprotektionismus. Dazu waren entweder eine Vereinheitlichung oder die Beseitigung von Hindernissen mit rechtlichen Instrumenten nötig. Die Instrumente des EWG-Vertrages reichten dazu nicht aus, schon gar nicht, wenn es sich um „Orgien“ des administrativen Protektionismus handelte oder um Schwierigkeiten, die mit Hilfe technischer Normen in den einzelnen Mitgliedstaaten mit allgemein verbindlicher Wirkung eingeführt waren. Als Beispiel mag der in Frankreich damals eingeführte Zwang zur physischen Präsentation aller importierten Fernsehgeräte im Zollamt Portiers dienen. Dadurch wollte man so viele Kosten verursachen, daß der Import zum Erliegen kommt. Auch die deutschen Vorschriften für die Anbringung von Fahrersitzen auf Erntemaschinen gehört in diesen Schikanenkatalog. Weder die

Römischen Verträge noch das GATT kannten ausreichende Abwehrmöglichkeiten.

In dieser Blockadesituation schaltete sich der Europäische Gerichtshof mit seinem Cassis de Dijon-Urteil ein, erweiterte den Binnenmarktsbegriff und bestätigte auch später dieses Urteil.

Der Vorteil meines großen Zuständigkeitsbereiches lag vor allen Dingen darin, daß ich die mit der Binnenmarktserrichtung verbundenen zahllosen Einzelmaßnahmen des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes usw. als In-Sich-Geschäfte vorbereiten konnte, ohne die Zustimmung von Kollegen oder manchmal auch von Lobbys, die sich permanent nach Blockademöglichkeiten umsahen, erbetteln oder erreichen zu müssen.

Die Überwindung von Hindernissen in der Kommission allein reichte aber nicht aus, um ein Gesetzgebungsprogramm durchzusetzen. Ich benötigte Verbündete in allen Hauptstädten. Dieses Ziel war nur zu erreichen, wenn es gelang, einen permanenten Binnenmarktsministerrat in der Gemeinschaft durchzusetzen. Bis dahin waren Fragen des Zollwesens und des Binnenmarktes Themen auf der Tagesordnung der Außenminister, diese wiederum betrachteten diese als technisches Detail, die sie ihren Mitarbeitern überließen. Die Folge dieses nachlassenden Interesses war manchmal ein mühevolleres Bemühen der jeweiligen Ratspräsidenten, das Quorum zusammen zu bringen. Die Rechnung ist aufgegangen: mit Hilfe des neuen Ministerrates konnte viel erreicht werden, vor allem auch eine Gesamtkonzeption, die gerade noch durchsetzbar war. Wir gingen von etwa 280-300 Entscheidungen aus, die aus Binnenmarktgründen zu treffen waren. Ausnahmen gab es für die Finanzdienstleistungen aller Art und die Landwirtschaft. Von dieser Basis aus hatte dann mein Nachfolger, der Brite Lord Cockfield, zusammen mit Delors das Binnenmarkt-1992-Projekt durchsetzen können.

Für den Historiker ist im Hinblick auf die Gemeinschaft die Frage interessant, warum bis heute noch nicht alle Schlüsselaufgaben des Binnenmarktes abgearbeitet sind und mit welchen Argumenten die zahllosen Lobby-Gegner in der Lage waren, die zum Teil empirisch nachgewiesenen öko-

nomischen Vorteile der Binnenmarktsbildung herunterzuspielen, zu verdrängen oder anderweitig dem Vergessen anheim zu geben.

Aus dem Kreise der Mitstreiter dieses Projekts sollte ein Kern von engagierten Abgeordneten des Europäischen Parlaments, der sich als Kango-rooh-Gruppe formiert hatte, nicht vergessen werden. Hierzu gehörten effiziente Netze der engeren Verbindungen nationaler und europäischer Beamte, Industrieverbände und eine wachsende Zahl von Medien.

Die Skepsis von Frau Thatcher habe ich bereits erwähnt; der interessierte Beobachter wird feststellen, wie sehr mancher Einwand von ihr vergleichbar ist, mit dem, was Charles de Gaulle schon 20 Jahre früher als engrenage („Getriebe“) bekämpft hat. Die Rolle des Präzeptors läßt sich nicht mit Rechtsregeln vereinbaren, den er sich selbst zu unterwerfen hat.

Die ersten grundlegenden Entscheidungen über das Konzept waren auf dem Gipfel von Fontainebleau fällig. Für den Fall des Scheiterns hatte ich vorsorglich eine Reservelösung vorbereitet.

Gehler:

Wie hätte diese Reservelösung ausgesehen?

Karl-Heinz Narjes:

Eine Variation in der Methode, aber mit gleichen Zielen. Es hätte eine Auseinandersetzung über Abstimmungserleichterungen gegeben. Ich beurteilte die Einwände gegen das Binnenmarktskonzept aus Kreisen der Kommission als ernstzunehmend und rechnete – je nach Neubesetzung der Kommission – mit dirigistischen Schwierigkeiten. Deshalb strebte ich nach Fontainebleau für die nächste Kommission die Zuständigkeiten für das Stahl-, Innovations- und Technologieressort an.

Gehler:

Dieser Wechsel der Ressort-Bereiche ist mir aufgefallen. Da ist ja ein qualitativer Bruch gegeben. Wenn ich das richtig verstanden habe, waren Sie zuerst für den Binnenmarkt, die Zollunion, industrielle Innovation, Umwelt-, Verbraucherfragen und für die nukleare Sicherheit zuständig, was als „Kraut-und-Rüben-Ressort“ in der „Zeit“ titulierte worden war, dann aber

geht es über auf Industriepolitik, Technologie, Forschung und gemeinsames Forschungszentrum. Warum dieser Wechsel?

Karl-Heinz Narjes:

Aus meiner Schilderung der Schwierigkeiten des Binnenmarktes ergeben sich die Gründe für eine Sicherung von Zuständigkeiten, die gegen einen Binnenmarkt genutzt werden könnten. Diese Auseinandersetzung ist bis heute nicht abschließend geregelt. Manche Fragen haben sich von der europäischen Binnenmarktperspektive gelöst und begegnen uns als Weltprobleme, vielfach unter der vieldeutigen Überschrift „Globalisierung“.

Gehler:

Wer hat da eigentlich noch durchgeblickt? Ich frage mich: Haben das die politischen Eliten veranlaßt? War das im Bewußtsein und Wissen von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher, daß Herr Narjes als Mitglied der Kommission – im Grunde gab es ja eine Rochade – andere Kompetenzen, Funktionen und Ressortbereiche mit dem strategischen Ziel übernimmt, um damit dirigistische Hemmnisse abzubauen?

Karl-Heinz Narjes:

Eine genaue Antwort werden Sie nur bekommen, wenn alle Dokumente einmal veröffentlicht sind. Sicherlich spielt es eine Rolle, die Binnenmarktzuständigkeit in die Hände eines Kommissionsmitgliedes zu legen, das das Vertrauen von Frau Thatcher hatte. Auch sollte man nicht übersehen, daß nur wenige Ratsmitglieder vorbereitet waren und die Zeit hatten, einen Komplex von etwa 300 Entscheidungen voll zu würdigen. Im übrigen kann niemand, der sich an solche Aufgaben heranwagt, damit rechnen, „everbodys darling“ zu sein.

Ich fühlte mich durch den Ablauf der Entwicklung der folgenden Jahre in meinem damaligen Urteil bestätigt, wenn Frau Thatcher in ihren Memoiren zum Ausdruck bringt, daß die Annahme der Einheitlichen Akte schließlich 1987 wohl ihr größter politischer Fehler gewesen sei. Als Sie dies zu spät merkte, soll Sie Ihre Akten buchstäblich den Mitarbeitern vor die Füße geworfen haben. Jedenfalls hat die „Operation-Binnenmarkt-1992“ mit der Einheitlichen Europäischen Akte ihren wegweisenden politischen Durch-

bruch erzielt. Nach den abschließenden Entscheidungen im Februar 1988 begannen die Beitrittserwägungen der drei größeren außerhalb der Gemeinschaft stehenden EFTA-Staaten. Ein Sachverständigenausschuß der europäischen Notenbanken unter Vorsitz von Delors fing bereits Monate später seine Arbeit über die Währungsunion an. Die Japaner begannen eine weltweite Kampagne aus ihrem Washingtoner Anwalts- und Wirtschaftsprüfer-Büros gegen den europäischen Protektionismus. In Washington fühlten sich die Pro-Europa-Elemente in ihrem Urteil bestätigt, daß dies alles noch vor der Wiedervereinigung und dem Fall der Mauer geschah.

Gehler:

Das ist faszinierend zu erfahren, wie im Rahmen der europäischen Institutionen die Akteure hinter den Kulissen jenseits der nationalen Öffentlichkeiten Kooperationen eingehen, die eine Eigendynamik entwickeln und auf dem besten Weg sind, ihre eigenen nationalen staatlichen Vertreter auszu-manövrieren oder den Administrationen davon zu laufen.

Karl-Heinz Narjes:

Ich glaube, Ihre Bemerkung trifft nicht ganz, was sich ereignet hat. „Hinter den Kulissen“ war in den meisten Fällen das praktische Ergebnis von mehr oder minder deutlichem Desinteresse der Medien. Wie oft bin ich auf Desinteresse gestoßen und wie oft ist mir die Formel „zu technokratisch“ entgegengehalten worden.

Gehler:

Die Hindernisse waren leichter abzubauen, indem gesagt wurde, was es kosten würde, Europa nicht zu haben. „The cost of non-Europe“ so lautete ja der Cecchini-Bericht. Es gab Anfang der 1980er Jahre die Genscher-Colombo-Initiative. Waren Deutsche und Italiener am ehesten empfänglich für Veränderungen? Empfänglicher als Franzosen und Briten? Wer waren die treibenden Kräfte des Binnenmarkt-Konzepts?

Karl-Heinz Narjes:

Binnenmarkt – das war das Interesse aller Mitglieder, die traditionell Außenhandel betrieben, also Benelux und Deutschland. In Norditalien und

England war die Interessenlage etwas anders, während in Frankreich schon in der Terminologie militärische Ausdrücke weit verbreitet waren.

Gehler:

Wie weit war „Eurosclerose“ ein gutes politisches Druckmittel? Wie weit war sie Realität?

Karl-Heinz Narjes:

Sie drohte ernsthaft am Anfang der 1980er Jahre, als der Konjunkturverlauf aus den schon erwähnten Gründen unbefriedigend verlief und die öffentlichen Meinungen zunehmend auf Protektionismus einschwenkten.

Gehler:

Noch einmal zu Cecchini, Colombo und Genscher – hatten Sie mit diesen Leuten gute Bündnispartner?

Karl-Heinz Narjes:

Cecchini war ein hochbegabter Mitarbeiter. Zusammen mit seinem Vorgesetzten Generaldirektor Fernand Braun gehörte er zu den Säulen der Binnenmarktpolitik. Cecchini war der Ideengeber der großen europaweiten Umfrage über „European expectations“. Die 11 oder 12 Bände Ergebnisse waren eine große Bestätigung und zugleich eine geeignete Waffe gegen Lobbys und „Blockadekünstler“, die wesentlich dazu beitrugen, den vollen Nutzen des Binnenmarktes zu verhindern. Es ist bedauerlich, daß der Dienstleistungsbereich vor allen Dingen bei den Regierungen nicht die Aufmerksamkeit fand, die er nötig gehabt hätte.

Genscher und Colombo gehörten zu den herausragenden, integrationsorientierten Außenministern der Gemeinschaft, an ihnen ist, nach meiner Erinnerung, nichts gescheitert, was von der Kommission vorgeschlagen worden ist.

Gehler:

Es gab in der Zeit, als Sie Ihren zweiten Amtsantritt in der Kommission hatten, die Genscher-Colombo-Initiative. Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) sollte profiliert werden. Wie substantiell war das?

Karl-Heinz Narjes:

Das war ein theoretisch interessanter Versuch, dort wieder anzuknüpfen, wo Anfang der 1970er Jahre die Zügel entglitten waren. Auch der aus ähnlichen Gründen eingeforderte Tindemans-Bericht hatte kein Echo gefunden, das es erlaubt hätte, den politischen Faden weiter zu spinnen.

Gelegentlich Frankreich und vor allem England haben Obstruktionen geübt und gemeinschaftliche Lösungen hintertrieben. Die Gespräche über die Genscher-Colombo-Initiative haben die Hoffnung bestätigt, daß mehrheitsfähige Projekte nicht grundsätzlich ausgeschlossen sind.

Auch aus einem anderen Grunde war die Genscher-Colombo-Initiative nützlich: Die Gemeinschaft hatte ihre Süderweiterung begonnen und damit jedes Interesse, den neuen Südeuropäern die politische Zielsetzung der Gemeinschaft als ein aktuelles Thema darzustellen.

Gehler:

Diese Genscher-Colombo-Initiative ist insofern interessant, weil die Geschichte der europäischen Integration nicht so reich an deutsch-italienischen Projekten ist. Mußten sich die Franzosen nicht düpiert vor- kommen, wenn im Mittelmeerraum Deutschland und Italien die Initiative ergriffen?

Karl-Heinz Narjes:

Natürlich gab es französische Kreise, die sich schon an der Tatsache störten, mit politischen Initiativen konfrontiert zu sein, die ihren Ursprung nicht in Paris hatten. Für sie war es lehrreich zu erfahren, daß auch solche Initiativen vernünftig präsentiert – politisch mehrheitsfähig sein können. Frankreich war noch in der Anfangsphase der Präsidentschaft Mitterrands und stellte sich auf den „Europäer“ Delors ein. England lernte damals, daß eine als Freihandelszone praktizierte, d.h. politisch sterile Freihandelszonenkonstruktionen aussichtslos war. Die Südeuropäer folgten der klassischen Integrationspolitik.

In dieser Konstellation konnte die Gemeinschaft mit ihrer umfassenden Binnenmarktpolitik wieder Dynamik gewinnen und die Überzeugung festigen, auf dem richtigen Wege zu sein.

Es würde viel zu weit führen, alle Facetten der Redynamisierung aufzuzeigen. Unter den Schwierigkeiten wurde ein Thema allerdings deutlich ersichtbar als vordem erwartet. Es geht um die Notwendigkeit, eingehender als bei der gelegentlich schematischen Rechtsangleichung, die Entscheidungsträger und vor allem die Öffentlichkeit von dem legislatorischen Handlungsbedarf zu überzeugen und ihre nachhaltige Zustimmung zu erreichen. Schon längere Zeit hatte ich geeignete Themen gesucht, bis die technische Entwicklung mir einen willkommenen Anlaß bot. Es war bis dahin möglich, nationale Grenzen zu beachten, was alsbald dem Satellitenfernsehen zum Opfer fiel. Dieses konnte nicht mehr auf den Respekt vor Grenzen ausgerichtet werden. Der footprint der sich abzeichnenden Fernsehtechnik war meist größer, als der Grenzverlauf vor allem zwischen kleineren Mitgliedstaaten. Auch die Sprachgrenzen standen nicht immer im Einklang mit den politischen Grenzen. Angesichts des politischen Charakters des Fernsehens war mithin gesetzgeberisches Handeln geboten. Unsere damalige Denkschrift hat diesen Zweck erfüllt. Sie wurde unter der Überschrift: „Fernsehen ohne Grenzen“ bekannt. Die beiden Verfasser, Ivo Schwartz und Heinrich von Woltken, haben hier großen Verdienst erworben. Derartige Denkschriften haben viele Nachfolger gefunden, häufig gekennzeichnet nach der Farbe des Umschlages (Grünbuch usw.). Die Notwendigkeit, politisches Handeln überzeugend zu erklären, ist inzwischen eine Schlüsselfrage für den Erfolg der Integrationspolitik geworden. Vergleichbare Ziele wurden vom Europäischen Parlament verfolgt, das sich große Verdienste um die Informationsgrundversorgung der Europäer erworben hat und sich so auch schrittweise und mühsam in der öffentlichen Meinung durchsetzen muß.

Die Binnenmarktentwicklung erreichte mit der Gipfelkonferenz von Fontainebleau 1984 ihren ersten Etappenerfolg; sie wurde von den Regierungschefs zur Grundlage der Entwicklung in den kommenden Jahren gemacht. Das Projekt war erfolgsversprechend und lohnend und es schien auch

machbar. Im Gegensatz zu den industriepolitischen Versuchen der 1970er Jahre setzte es auf Marktkräfte und die europäische Rechtseinheit. Margret Thatcher dürfte mit dem Versprechen gewonnen worden sein, die praktische Verwirklichung des Binnenmarktes in einer Kommission Delors einem englischen Kommissar anzuvertrauen.

Gehler:

Sie haben zu erkennen gegeben, daß der Binnenmarkt Ihr Herzensanliegen war, Kernstück Ihrer Aufgaben. Wie wird dieses Konzept mehrheitsfähig in Fontainebleau? Welche begünstigenden Faktoren gab es?

Karl-Heinz Narjes:

Zentrale Antwort: Die große Mehrheit der Regierungen und der sie stützenden Interessengruppen war von der Richtigkeit des Projektes überzeugt. Widerstände waren zunächst eher leise und von dem Bestreben getragen, Bedenken, Abweichungen und Verwässerungen möglichst als rein technische Präzisionen darzustellen.

Gehler:

Hat die Süderweiterung, die sich ja bis Mitte der 1980er Jahre vollziehen sollte, einen heilsamen Druck von außen auf die Gemeinschaft ausgeübt, um das Binnenmarktprojekt voranzutreiben? Die Dialektik Erweiterung und Vertiefung?

Karl-Heinz Narjes:

Die These von der Erweiterung und/oder Vertiefung ist ein erfolgreicher public relation-Slogan. Er dürfte – wie schon gesagt – wohl im All Souls-College in Oxford erfunden worden sein.

Mit dieser Option hofften die sie tragenden außenpolitischen Kreise britischer Provenienz, in der Nähe einer Freihandelszonenlösung zu bleiben und Spielräume für die klassische Gleichgewichtspolitik zu bewahren.

Gehler:

Das heißt der Zusammenhang hat doch bestanden.

Karl-Heinz Narjes:

Natürlich, aber eher im gegenteiligen Sinn. Wir meinten: Mit jeder Erweiterung sollte eine Vertiefung einhergehen. Die „Oxfords“ hingegen wollten ja das Gegenteil erreichen und zugleich die Entschuldigung tisch- und gabelfertig anliefern, mit der sie den Integrationspolitikern sagen konnten: Wir können leider nichts machen, die Erweiterung ist wichtiger.

Gehler:

Das heißt, möglichst viele aufnehmen und dann haben wir wieder unsere Ruhe.

Karl-Heinz Narjes:

Genau das war das Ziel.

Gehler:

Hat Ihnen diese integrationspolitisch ambivalente Dialektik bei der Profilierung und Forcierung des Binnenmarktvorhabens geholfen?

Karl-Heinz Narjes:

Ja. Ich hatte auch keine Probleme mit Delors und der Mehrheit der Kommission. Die Probleme gab es im Ministerrat und teilweise im Parlament. Der eigentliche Durchbruch kam später nach dem Scheitern eines Gipfels in Kopenhagen im Dezember 1987 auf einem zweiten Gipfel in Brüssel am 12. Februar 1988, wo neben der Einheitlichen Europäischen Akte eine Lösung für die Agrarfinanzierung, die Strukturfonds des Mittelmeerraums und für den praktischen Beginn eines neuen Anlaufs der Wirtschafts- und Währungsunion gefunden wurde. Das war – wie schon gesagt – ein Durchbruch und die entscheidende Niederlage für die Politik von Frau Thatcher.

Gehler:

Sie hat ihren Mitarbeitern, wie Sie es ja schon ansprachen, die Akten vor die Füße geworfen – ein schönes Bild. Das heißt, sie mußte die Kröte „Binnenmarkt“ schlucken?

Karl-Heinz Narjes:

Sie mußte vor allem schlucken, daß die Dynamik der Entwicklung über den Europäischen Rat von Hannover hinaus von allen anderen Mitgliedstaaten akzeptiert und gewollt war. Sie hatte auch nicht die unbeschränkte Zustimmung ihres eigenen Kabinetts.

Gehler:

Wie haben Sie Delors erlebt? Wie kann man ihn charakterisieren?

Karl-Heinz Narjes:

Delors habe ich 1981 das erste Mal getroffen. Er war mit den 1979er Wahlen ins Europäische Parlament gewählt worden und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft. Sein Lebensweg war anders als der übliche Werdegang eines Inspecteurs des Finances. Ebenso wie Monnet war er eher ein Außenseiter. Er hatte sich im Umkreis der Nationalbank entwickelt.

Er sammelte überaus fähige Mitarbeiter, die er so wenig wie sich selbst schonte. Am bekanntesten sind heute Pascal Lamy, der handelspolitische Kommissar der Kommission Prodi (1999-2004), und Günter Burghardt, derzeit Botschafter der Gemeinschaft in Washington.

Gehler:

Es gibt eine Einschätzung von Österreichs ehemaligen Botschafter Wolfgang Wolte, wonach Delors starken Stimmungsschwankungen unterworfen gewesen sei. Oft sehr euphorisch, dann wieder nachdenklich, besinnlich und pessimistisch.

Karl-Heinz Narjes:

Ja, aber sie sollten nicht überbewertet werden. Es gab Ausschläge nach beiden Seiten. Bei gelegentlichen Schwierigkeiten in der Kommission habe ich versucht, ausgleichend zu wirken und die Führungsrolle von Delors zu stärken.

Delors war auch immer klug bemüht, gestützt auf sein gutes Arbeitsverhältnis mit Helmut Kohl, zwischen Kohl und Mitterrand zu vermitteln. Das

hatte auch Rückwirkungen auf die französische Machtkonstellation in Zeiten der Kohabitation.

Gehler:

War die vielzitierte „Achse Paris-Brüssel-Bonn“, Mitterrand, Delors und Kohl entscheidend für Leute, die in der Kommission arbeiten konnten? Darf ich fragen, wann Sie das Gefühl bekommen haben, daß diese Achse besteht, geschmiert ist und sich dreht und läuft? Die war doch nicht von Anfang an schon vorhanden oder?

Karl-Heinz Narjes:

Nicht sogleich, aber doch sehr schnell, weil die gemeinsamen Überzeugungen von der Notwendigkeit einer entschlossenen Europapolitik offenkundig schnell dazu beigetragen haben, das gegenseitige Vertrauen aufzubauen, das für den Erfolg der gemeinsamen Europapolitik unabdingbar war.

Gehler:

Ist zwischen Kohl und Mitterrand über die Jahre eine Freundschaft entstanden? Ist diese Beziehung über die europäische Integration so fest geworden? Oder haben Sie das anders in Erinnerung?

Karl-Heinz Narjes:

Mitterrand ist von seiner Persönlichkeit her für alle Beteiligten immer ein Rätsel geblieben. Er ist Südfranzose, kommt aus bürgerlichen Verhältnissen. Will sagen: in seinen Äußerungen erscheint er seit den 1960er Jahren radikaler als in seinem Handeln. Die Südfranzosen sind fast alle einen Schritt weiter links in ihren Äußerungen als in ihren Handlungen.

Mitterrand war dann nicht ohne Schwierigkeiten, eineinhalb Jahrzehnte Führer der Sozialisten und konnte sich in den Wahlen 1981 fast zu seiner Überraschung gegen Giscard durchsetzen. Nicht weil er als der überzeugendere Kandidat galt, sondern weil Giscard so unbeliebt war, daß ihn viele Wähler abstrafen wollten.

Vor diesem Hintergrund müssen die beiderseitigen Anstrengungen von Mitterrand und Kohl gewertet werden, ein gutes Arbeitsverhältnis und auch eine belastbare Vertrauensbasis zu entwickeln. Vieles ist im letzten Jahr-

zehnt über die Persönlichkeit Mitterrands und seine Beziehung zu Kohl geschrieben worden. Es bleibt die Frage, inwieweit Delors durch sein Wirken dazu beigetragen hat, den Aufbau der Beziehungen zu vertiefen und zu beschleunigen.

Gehler:

Eine Freundschaft Kohl – Mitterrand hat so nicht bestanden?

Karl-Heinz Narjes:

Ich gewann den Eindruck einer gereiften und sturmerprobten politischen Freundschaft. Der Härtestest kam 1989, als sich Mitterrand von Kohl getäuscht und enttäuscht zeigte. Mitterrand war von der Rede Kohls in Dresden im Dezember 1989 völlig überrascht. Seine vergeblichen Reisen zu Hans Modrow nach Ostberlin und nach Moskau zu Michail Gorbatschow zeugen von dieser Abkühlung, wie auch die Begegnung auf dem eisigen Europagipfel in Straßburg kurz vor Weihnachten 1989.

Über den weiteren Verlauf der Kohl-Mitterrand-Beziehung von 1990 bis zum Tode Mitterrands fehlen mir manche Informationen und damit auch ein abschließendes Urteil über die letzte Etappe der persönlichen Beziehung.

Gehler:

Die Zustimmung Frankreichs zur deutschen Einheit hing doch davon ab, wieweit die Bundesdeutschen bereit waren, die Wirtschafts- und Währungsunion anzugehen, während Kohl das mit dem Ziel der Politischen Union verknüpft hat. Mitterrand hat aber diese Forderung nicht erfüllt bzw. Kohl hat sich in diesem Punkte gegenüber den Franzosen nicht durchsetzen können. Allerdings scheint sich die deutsche Position im Konflikt zwischen den Monetaristen und den Ökonomen durchgesetzt zu haben, d.h. in der Frage wie die Wirtschafts- und Währungsunion zu bewerkstelligen sei.

Karl-Heinz Narjes:

Ja, das entspricht meiner Papierlage.

Gehler:

Sie waren ja selbst nicht mehr involviert.

Karl-Heinz Narjes:

Nein, ich kann es nur vermuten. Für mich haben hier auch andere Fragen eine Rolle gespielt. Vor Maastricht hat Kohl ja eine Rolle gespielt, die für die Bewertung der Entwicklungen in Deutschland und in Europa von großer langfristiger Bedeutung ist. Vor Maastricht hat Kohl einem starken Druck der deutschen Länder erheblich nachgegeben. Die Länder glaubten, aufgrund ihrer Eigenständigkeit und um ihrer langfristigen politischen Bedeutung willen, auf einer Grundgesetz-Änderung bestehen zu müssen (Artikel 23).

Gehler:

Sie spielen auf die Föderalismusdiskussion an?

Karl-Heinz Narjes:

Ja, die deutschen Länder haben ihrerseits den Binnenmarkt als große Bedrohung ihrer Eigenständigkeit aufgefaßt. Sie drohten, dem Unionsvertrag von Maastricht nur zu ihren Bedingungen zuzustimmen. Kohl hielt die Länderforderungen zur Überraschung einiger Ministerien für legitim. Kohl meinte, nicht „über den Tisch gezogen worden zu sein“ oder gar kapituliert zu haben.

Diese Veränderungen der deutschen Verfassungslage ist auf deutscher Seite einer der Gründe dafür, daß wir noch keine politische Union haben. Wir stehen jetzt vor dem Abschluß des wohl fünften Anlaufs.

Gehler:

Sie meinen beginnend mit dem Europarat von 1949.

Karl-Heinz Narjes:

Ich gehe von den Gemeinschaftsverträgen und ihrer finalité politique 1950 bis 1957 aus. Dann folgt die EPZ 1972. Die Einheitliche Europäische Akte 1986 (in Kraft 1987) hatte beträchtliche politische Wirkungen, aber keinen direkten politischen Inhalt. Es folgen Maastricht 1992, Amsterdam 1997,

Nizza 2000 und der Verfassungskonvent von 2002 bis heute, d.h. dem vorläufigen Abschluß am 18. und 19. Juni 2004.

Gehler:

Als Historiker würde ich den Tindemans-Bericht miteinbeziehen.

Karl-Heinz Narjes:

Auf der Suche nach Anknüpfungspunkten für die weitere politische Entwicklung der Gemeinschaft gibt der Bericht eine treffende Zustandsbeschreibung über die Gemeinschaft als „création continue“, verbunden mit der Beschreibung weiterer Etappen und Ziele. Die Gemeinschaft strebte eine irreversible, demokratisch politische Vollgemeinschaft an und war bereit, sich den unvermeidbaren Zwischenstufen flexibel anzupassen. Eine Flexibilität, die sich vor allem aus dem Gebrauch des Wortes „Union“ ablesen läßt.

Der Widerstand gegen diese Konzeption der Monnet-Integrationisten kam aus dem Lager der intergouvernementalen Methode. Ständiges Mitglied dieses Lagers waren Großbritannien – dort manchmal beide große Parteien –, die französischen Rechtsparteien und Kräfte des deutschen Bundesrates.

Gehler:

Und diese sind in ihrer Resistenz nach wie vor so stark?

Karl-Heinz Narjes:

Ihnen allen fällt die Unterwerfung unter die Gemeinschaftsdisziplin schwer. Viele scheinen gelegentlich noch von eigenen Hegemonialpositionen oder von Weltordnungen zu träumen.

Wie stark die Vorbehalte sein werden, kann man an den Ergebnissen der jüngsten Europawahlen und der sich ihnen anschließenden Neuordnung der politischen Strukturen im Europa der 25 ablesen.

Gehler:

Den deutschen Föderalismus, der von vielen als Vorbild gesehen wird, sehen Sie als Hemmschuh?

Karl-Heinz Narjes:

Es mag überraschen, daß ich den deutschen Föderalismus in dieser Gruppe erwähne. Ob das so bleiben wird, dürfte sich erst nach Abschluß der laufenden Föderalismusreform erkennen lassen. Jedenfalls gibt es die vielen Klagen über „Deutschland als den kranken Mann am Rhein“ erst in dem Umfange, in dem die deutschen Länder und damit der Bundesrat Einfluß auf die politischen Entscheidungen in Deutschland nehmen.

Jedenfalls ist mit diesem Politikschwerpunktwechsel des vergangenen Jahrzehnts eine deutliche Reprovinzialisierung der deutschen Politik verbunden. Sie wird außerhalb unserer Grenzen nicht immer ausdrücklich thematisiert, sondern ist als Ursache vielfachen Rangverlustes und vieler kleiner Veränderungen mittlerweile auch in Deutschland als Weg in die europäische Bedeutungslosigkeit sichtbar geworden.

Gehler:

Ist mit dem Ausschuß der Regionen nicht ein neues Feld eröffnet worden? Gewiß, der AdR ist keine Macht, aber er kann doch Stimmungen und Tendenzen kanalisieren, sie europäisieren und das Bewußtsein der Kommunen in einem größeren Verbund in Europa stärken.

Karl-Heinz Narjes:

Das ist deutsche Sichtweise, vielleicht auch die österreichische, wenigstens in den Sonntagsreden. In der Realität haben die deutschen Bundesländer die Arbeit im Ausschuß der Regionen mit hochrangiger Besetzung begonnen. Sie haben feststellen müssen, daß sie dort vielfach ohne Gesprächspartner sitzen. Der Hinweis guter Freunde, daß sie im Ausschuß nur so viel Aufmerksamkeit erwecken werden, wie die Qualität der deutschen Sachbeiträge hervorruft, wurde nicht immer verstanden.

Das deutsche Sparkassenwesen trifft z.B. nur auf begrenztes Interesse; auch überzogene Subsidiaritätsforderungen erweckten keine Zustimmung. Die Subsidiarität gilt als deutsches Steckenpferd. Die Deutschen haben regelmäßig das Interesse an der Ausgestaltung des deutschen Föderalismus überschätzt. Sie haben sogar nicht immer rechtzeitig erkannt, bis zu wel-

chem Grade, Föderalismusthemen als stillschweigende Aufforderung zu politischen Sezessionen (z.B. Korsika von Frankreich) interpretiert wurden.

Gehler:

Der Ausschuß der Regionen, der im Zuge des Maastricht-Vertrages dann installiert wurde, war das auch eine Art Konzession?

Karl-Heinz Narjes:

Ja, sogar im doppelten Sinne. Die deutschen Länder haben ihn natürlich begrüßt. Im Verhältnis zu den Bundesländern war die Bundesregierung dankbar für dieses Entgegenkommen, weil sie sich in ihrem Verhältnis zu den Ländern von diesem Ventil Erleichterung versprach. Mit Ausnahme von Belgien haben die anderen Mitgliedstaaten den Ausschuß auf deutlich tieferem Niveau besetzt.

Gehler:

Der AdR war ein Beschwichtigungsinstrument?

Karl-Heinz Narjes:

Ja, jedenfalls kann man die Zustimmung der anderen Mitgliedstaaten weitgehend so deuten. Meine Hoffnung war, daß durch die Arbeit in diesem Ausschuß eine größere Zahl von deutschen Sachkennern europäischer Themen herausgebildet wird, an denen es in Deutschland eher fehlt. Der AdR darf sich deshalb auf längere Sicht nicht als Blockadeinstrument gegen den europäischen Integrationsprozeß entwickeln.

Gehler:

Herr Narjes, aus reiner Neugierde: Wie gestaltete sich ihrer Meinung nach das Verhältnis Kohl, Delors und Mitterrand?

Karl-Heinz Narjes:

So weit ich das von außen beurteilen kann, hat das gemeinsame Interesse an der Entwicklung der europäischen Integration diese Beziehungen stärker geprägt, als die gerade nach der deutschen Wiedervereinigung deutlich sichtbar werdenden Spannungen zwischen den deutschen und französischen Interessen. Diese sollten nicht unterschätzt werden. Delors war si-

cherlich gelegentlich der sachkundige Vermittler. Mitterrand dürfte sich in den letzten Jahren darüber klar geworden sein, daß seine Mitwirkung für die europäische Integration historisch größere Bedeutung haben wird, als andere Politikziele. Kohl hatte keinen Grund, die von ihm ernst gemeinte Aussöhnung der Beziehung zu Frankreich zu relativieren.

Gehler:

Inwieweit hat Vergangenheitspolitik eine Rolle gespielt? Ich denke an den symbolischen Händedruck in Verdun vor den Ossarien. Sie waren zu der Zeit in der Kommission noch hochaktiv. Hat das positiv dazu beigetragen, daß man einander näher gerückt ist? War es notwendig, das zu machen?

Karl-Heinz Narjes:

Der Prozeß der Annäherung und Versöhnung war für die Integration äußerst förderlich. Ohne eine Annäherung an Frankreich wäre der Prozeß nicht von Dauer gewesen. Die Beziehungen zu Frankreich stachen wohlthuend im Vergleich zu den kontinentalen Beziehungen mit Großbritannien hervor. Der Ablauf der Ereignisse ergab sich aus den Umständen der Zeit. Es sollte nicht vergessen werden, wie sehr durch das Wirken de Gaulles und seiner Nachfolger das Bild von Jean Monnet und Robert Schuman beeinträchtigt worden war.

Der Auftritt in Verdun war also meines Erachtens notwendig. Ich zögere aber, etwas über die französische Geschichte auszusagen, weil ich zu viele Versuche von Geschichtsdeutungen widersprüchlichster Art erlebt habe. Deshalb bin ich auch der Ansicht, daß noch ein bis zwei Generationen vergehen müssen, bis ein abgerundetes Bild der Geschichte Frankreichs erwartet werden kann.

Wie tief Erinnerungsunterschiede auch heute noch wirken, kann man an den Umständen der Feiern zum 60. Jahrestag des D-Days ablesen. Auf der anderen Seite sollte man nicht die Schilderungen übersehen, die zur Seligsprechung Schumans zusammengetragen wurden.

Zur Erinnerung: Kohl hat am 50. Jubiläum des D-Days noch nicht teilgenommen.

Gehler:

Zu Helmut Kohls Rolle: Von der Groeben sagt, daß Adenauer sich für das integrationspolitische Detail nicht sonderlich interessierte, die Westintegration selbst aber politisch durchsetzen wollte und konnte. Kann man das auch für Kohl sagen?

Karl-Heinz Narjes:

Adenauers Größe bestand darin, daß er die Geschichte der letzten zweihundert Jahre überblickte und den deutschen Platz aus seiner Kenntnis heraus in der Mitte Europas suchte und nicht am Rande.

Seine berühmten Unterhaltungen mit den Engländern 1945, in denen er den Engländern vorwarf, das Rheinland 1815 an Preußen gegeben zu haben, statt Sachsen Preußen anzugliedern, zeugt von dieser Haltung.

Die Stetigkeit, Berechenbarkeit und Verlässlichkeit waren das A und O von Adenauers Beziehung zu Europa, in dem er Deutschland gleichberechtigt anerkannt wissen wollte. Es gab dank Adenauer keine Zweifel an der deutschen Position zu Europa.

Kohl war Historiker, sein Geschichtsbild war aber auch von seiner pfälzischen Heimat an der Grenze Frankreichs und von den Erlebnissen seiner Familie mit den französischen Nachbarn geprägt. Dadurch unterscheidet er sich von den anderen deutschen Ministerpräsidenten. Kohl fühlte sich immer wohl im Kreise gleichgesinnter Nachbarn aus den verschiedenen Europaparteien. Adenauers Kontakte zum Westen waren die einer älteren Generation und vielleicht nicht so vernetzt wie die von Helmut Kohl.

Im übrigen: die Detailfragen der Integrationspolitik sind in der Industrielwelt von heute und in der Innenpolitik für überaus mobile Bürger, Arbeitnehmer und Unternehmer sehr viel komplizierter als früher. War es schon unter Adenauer unvermeidbar, sich auch für diverse Projekte durch die Bürokratie entsprechend vorarbeiten zu lassen, so ist dies heute unverzichtbar, ohne Alternative.

Adenauer mag aber seine Gestaltungsfreiheit und Spielräume für politische Änderungen überschätzt haben.

Gehler:

Herr Narjes, was war Ihrer Ansicht nach entscheidend dafür, daß man sich durchgerungen hatte im Jahre 1987/88 zum Wunsch: Wir wollen eine Wirtschafts- und Währungsunion.

Karl-Heinz Narjes:

Diese Entscheidung war nicht so neu; wurde doch seit Beginn der EWG immer wieder von Wirtschafts- und Währungsunion gesprochen. Ich verweise nur auf die Initiative zur Beschleunigung des Binnenmarktes Anfang der 1960er Jahre. Diese in der Integration angelegten Ziele mußten aber nach den Schwierigkeiten der 1970er Jahre erneuert werden.

Hinzu kam, daß mit der „Binnenmarkt-1992“-Initiative die Voraussetzungen für eine Währungsunion und auch für eine politische Union wesentlich verbessert waren. Auch hatten wir seit 1987 mit Gorbatschow einen neuen Nachbarn im Osten, der eine neue Qualität der Beziehungen anstrebte. Die Kommission spürte, daß ein anderes Rußland entstand. Ähnliches spiegelte sich für die Beziehungen zu den einzelnen Staaten des Ostblocks wider, so darf die Wahl eines polnischen Papstes auch nicht unterbewertet werden.

Wirtschaftlich neigten sich die von Rivalitäten nicht freien Beziehungen zu den EFTA-Staaten neuen Formen der Beziehungen zu. Die Weltwirtschaft stand am Beginn einer von modernen Bedingungen der Logistik, Kommunikation und des Güteraustauschs geprägten neuen Phase. Die grenzüberschreitende Dienstleistungsgesellschaft einer von der Aussicht auf 6-8 Milliarden geprägten Weltwirtschaft legten ohnehin die Frage nahe, ob und wie ein zerstrittenes Europa sich ohne Effizienz und Handlungsfähigkeit selbst behaupten kann.

Gehler:

Der britische Historiker Tony Judt sagt, „Europa“ ist unter den ganz spezifischen Erfolgsbedingungen der Konjunkturpolitik der 1950er und 1960er Jahre so ein Erfolg gewesen. Mit 1989/90 hat der Westen nur scheinbar gesiegt. Mit dem wiedervereinigten Deutschland sind neue Konstellationen eingetreten. Zur Skepsis kam auch eine Renationalisierung. Wie weit hat der Kalte Krieg den Integrationsprozeß mitbestimmt? Inwieweit hat durch

den Wegfall des Kalten Krieges der westeuropäische Integrationsprozeß an Schwungkraft verloren?

Karl-Heinz Narjes:

Unbestreitbar bedeutete das Ende des Kalten Krieges einen tiefen Einschnitt in die bis dahin vorherrschenden Integrationskonzeptionen. Sie bedurften der Überprüfung, Erneuerung und Anpassung. Es war aber ein Fehler, vom Ende der Geschichte zu sprechen und politische Indifferenz an den Tag zu legen. Wir wissen um die große Geschwindigkeit des technologischen und politischen Entwicklungsprozesses und können einen relativen Bedeutungsverlust Europas bis zur Mitte dieses Jahrhunderts unterstellen. Mehr noch fällt die überaus bedrohliche demographische Entwicklung ins Gewicht. Es sind bisher keine überzeugenden und nachhaltigen Korrekturpolitiken konzipiert, geschweige denn eingeleitet worden. Die entscheidende Frage lautet also: Wie kann sich das relativ kleine und immer ältere Europa im Kreise der global player auf der Weltbühne selbst behaupten? Die Antworten auf die Fragen nach den Selbstbehauptungsmöglichkeiten und dem Selbstbehauptungswillen werden uns weiter begleiten und bedrohen.

Gehler:

Ich habe einmal aufgehört als Sie im Vorgespräch zu diesem Zeitzeugeninterview gesagt haben, eigentlich ist ja erst mit Maastricht der Integrationsprozeß politisch geworden. Ist das nicht ein ganz erfolgreiches Mißverständnis gewesen immer zu sagen: Na ja, eigentlich ist der Integrationsprozeß nur wirtschaftlich. War er nicht von Anfang an höchst politisch eben durch die politische Entscheidung, Deutschland möglichst kontrolliert einzubinden?

Karl-Heinz Narjes:

Um kein Mißverständnis entstehen zu lassen: Die europäische Integration war vom ersten Tage ihrer Entstehung gerechnet ein durch und durch politisches Konzept. Sie hat einen Prozeß eingeleitet mit wechselnden Schwerpunkten, aber immer geleitet von der politischen Vorstellung eines vollintegrierten Europas. Es bestand über die Formulierungen der Präambel des Montanvertrages hinaus aber kein Anlaß, das politische Gesamtziel zur

Unzeit zu diskutieren. Wir sprachen deshalb nur von der *finalité politique* des Gesamtwerkes.

Heute hingegen nähern wir uns durch den Erweiterungsprozeß mit großer Geschwindigkeit der politischen Frage nach den Grenzen und der Identität Europas. Die *finalité politique* bedarf spätestens nach dem Abschluß des Verfassungsvertrages einer durchgreifenden Diskussion aller Entscheidungen, die für unsere Selbstbehauptung unerläßlich sind.

Gehler:

Herr Narjes, haben Sie aufrichtigen Dank für diese ausführlichen und offenen Gespräche. Es war faszinierend, mit Ihnen diese Zeitreisen durch das Innenleben der Kommissionserfahrungen der 1960er und 1980er Jahre zu erleben.

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüland
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Oppeln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büniger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen
- C 119 (2003) Hubert Iral
Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation
- C 120 (2003) Carlo Masala (ed.)
September 11 and the Future of the Euro-Mediterranean Cooperation
- C 121 (2003) Marcus Höreth
When Dreams Come True: The Role Of Powerful Regions In Future Europe
- C 122 (2003) Glen Camp
The End of the Cold War and US-EU-Relations
- C 123 (2003) Finn Laursen / Berenice L. Laursen
The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen
- C 124 (2003) ZEI (Hrsg.)
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen
- C 125 (2003) Hans-Christian Maner
Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf „Europa“
- C 126 (2003) Janko Prunk
Die rationalistische Zivilisation
- C 127 (2003) Władysław Bartoszewski
Europas Identität nach der Osterweiterung
- C 128 (2003) Dimitris K. Xenakis and Dimitris N. Chrysoschoou
The 2003 Hellenic Presidency of the European Union. Mediterranean Perspectives on the ESDP
- C 129 (2004) Fritz Hellwig
Europäische Integration aus historischer Erfahrung

- C 130 (2004) Thorsten Faas / Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion
- C 131 (2004) Andreas Jacobs (ed.)
Euro-Mediterranean cooperation: enlarging and widening the perspective
- C 132 (2004) Ludger Kühnhardt / Gabor Erdödy / Christoph Böhr
L'Europa centrale fra le culture politiche nazionali tradizionali ed una nuova identità europea
- C 133 (2004) Hubert Iral
Wartesaal oder Intensivstation? Zur Lage der EU nach der gescheiterten Regierungskonferenz
- C 134 (2004) Nicole Christina Groß
Netzwerkbildung in der EU als regionale Standortpolitik? Nordrhein-Westfalen und die transnationalen Beziehungen zu Regionen im Benelux-Raum sowie in Mittel- und Osteuropa
- C 135 (2004) Karl-Heinz Narjes
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.